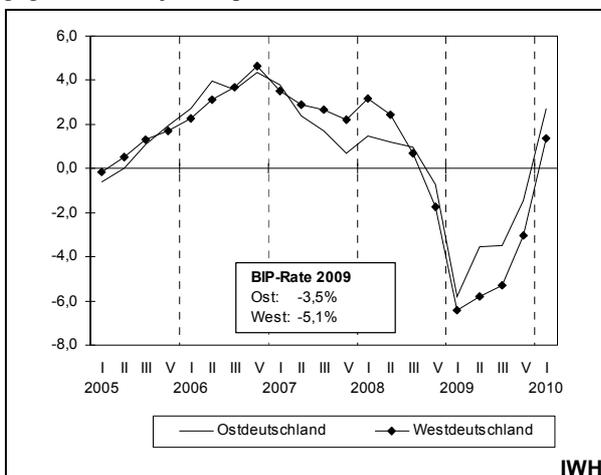


Ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2010: Krise durchstanden – strukturelle Schwächen bremsen wirtschaftliche Erholung*

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat erstmals seit der deutschen Vereinigung zu einem simultanen Produktionsabsturz in den Neuen und Alten Bundesländern geführt. Während Ostdeutschland bis dahin in der lang anhaltenden Aufbauphase marktwirtschaftlicher Verhältnisse von konjunkturellen Tiefschlägen in Rezessionsphasen verschont geblieben war, gewannen seit dem vergangenen Aufschwung die zyklischen Schwankungen Oberhand.

Abbildung 1:
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts in Ost- und in Westdeutschland^a
- saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte, Veränderung gegenüber Vorjahresquartal in % -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland einschließlich Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; vierteljährliche Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts des IWH.

Der weltweite Nachfrageeinbruch traf allerdings in den Neuen Bundesländern auf einen fast 20 Jahre gewachsenen neuen Unternehmenssektor, der dank seiner erworbenen Wettbewerbsfähigkeit den Produktionseinbruch abfedern konnte und dabei von strukturellen Schwächen wie dem unterdurchschnittlichen Industrialisierungsgrad, der geringen Ausrichtung auf Auslandsmärkte sowie der Kleinteiligkeit der Unternehmen profitierte. So fiel der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im Durchschnitt des Jahres 2009 mit 3,5% deutlich geringer als in den Alten Bundesländern aus (vgl. Abbildung 1). Allerdings war der Absturz vom Höhepunkt der Produktion ähnlich steil. Der Tiefpunkt der Produktion wurde in beiden Gebietsteilen zu

Beginn des Jahres 2009 erreicht. Für die ostdeutsche Wirtschaft bedeutete dies innerhalb von vier Quartalen eine Absenkung des Produktionsniveaus vom Höhepunkt Anfang 2008 um -5,8%. Damit war der innerhalb von drei Kalenderjahren im vergangenen Aufschwung erzielte Zuwachs verloren, und die Wirtschaft befand sich im Tiefpunkt der Krise auf dem Stand der Produktion von Ende 2005. Noch schärfer war der Produktionseinbruch innerhalb von vier Quartalen für die westdeutsche Wirtschaft mit -6,4%. Sie wurde auf den Stand der Produktion von Anfang 2006 zurückgeworfen.

Tabelle 1:
Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland (ohne Berlin) zur Wertschöpfung
- in Prozentpunkten des Zuwachses der realen Größe -

	2007	2008	2009
Bruttowertschöpfung insgesamt ^a	2,4	1,1	-4,2
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	1,2	0,4	-3,1
Baugewerbe	0,1	0,0	-0,1
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	0,0	0,4	-0,6
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	1,1	0,2	-0,6
Öffentliche und private Dienstleister	0,2	0,3	0,1
Bruttowertschöpfung der Unternehmen ^b	2,3	0,8	-4,3
<i>Nachrichtlich:</i>			
Bruttoinlandsprodukt	2,0	1,0	-3,5

^a Die Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts unterscheiden sich aufgrund der Zurechnung der zweigübergreifenden Komponenten des Bruttoinlandsprodukts, d. h. der Gütersteuern und der Gütersubventionen. – ^b Ohne private Dienstleister.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: März 2010); Berechnungen des IWH.

Verlierer in der Krise war vor allem das Verarbeitende Gewerbe, das den weltweiten Nachfrageeinbruch am stärksten zu spüren bekam. Seine Wertschöpfung brach im Durchschnitt des vergangenen Jahres in Ostdeutschland um 15% ein (vgl. Tabelle A1 im Anhang) und belastete die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts mit -3,1 Prozentpunkten (vgl. Tabelle 1). Der Unternehmenssektor insgesamt trug sogar mit -4,3 Prozentpunkten zum Rückgang des Bruttoinlandsprodukts bei. Gestützt wurde hingegen die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahr 2009 durch konjunkturpolitische Maßnahmen der öffentlichen Hand.

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 35/2010 am 15. Juli 2010 veröffentlicht.

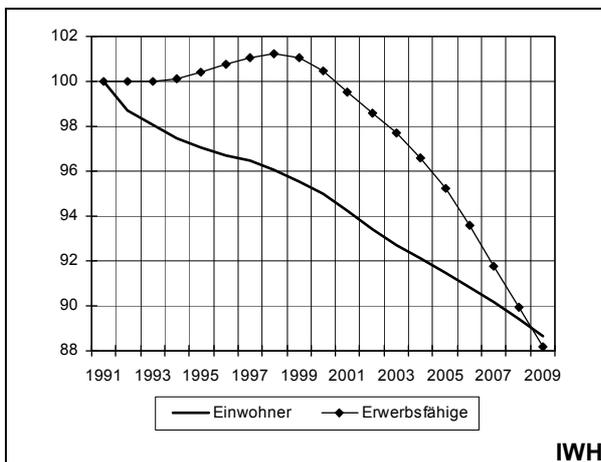
Ausstattung mit Arbeit und Sachkapital

Trotz Krise steigender Auslastungsgrad des Arbeitskräftepotenzials

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre sinkende Tendenz des Arbeitsangebots eher verstärkt als geschwächt (vgl. Abbildung 2). Gemessen an der Zahl der Erwerbsfähigen schrumpfte es in den beiden Krisenjahren um jeweils 174 000 bzw. 2% (vgl. Tabelle 2). Maßgebend dafür war die demographische Entwicklung: Zum einen traten wie in den Jahren davor geburtenschwache Jahrgänge in das erwerbsfähige Alter. So vollendeten im Jahr 2009 nur 75 000 ostdeutsche Jugendliche das fünfzehnte Lebensjahr; im Jahr 2000 waren es noch 190 000 gewesen. Zum anderen schieden infolge des Eintritts in das gesetzliche Rentenalter etwa 135 000 Personen aus. Per saldo verringerte sich dadurch die Zahl der Erwerbsfähigen um 60 000 Personen. Berücksichtigt werden muss jedoch, dass ein Teil der Personen dieser Jahrgänge noch nicht oder nicht mehr erwerbstätig ist und insofern das Arbeitsangebot geringer beeinflusst wird, als es der Saldo zwischen Zu- und Abgangsjahrgängen anzeigt.¹

Abbildung 2:

Anzahl der Einwohner und der Erwerbsfähigen^a in Ostdeutschland^b von 1991 bis 2009
- 1991 = 100 -



^a Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. – ^b Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Veröffentlichung: März 2010); Berechnungen des IWH.

¹ Der Einfluss der altersspezifischen Erwerbsbeteiligung sowie die entsprechenden Sterblichkeitsquoten werden – wie weiter unten aufgezeigt wird – bei der Schätzung des Erwerbspersonenpotenzials berücksichtigt; das Arbeitsangebot wird damit enger gefasst.

Tabelle 2:

Bevölkerungsprognose für die Neuen Bundesländer (ohne Berlin)

	2008	2009	2010
	1 000 Personen		
Einwohnerzahl	13 082	12 974	12 871
darunter:			
Erwerbsfähige ^a	8 711	8 537	8 403
Personen im Rentenalter ^b	2 980	3 024	3 036
<i>Nachrichtlich:</i>			
Einwohnerzahl ABL	69 037	68 887	68 763
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
Einwohnerzahl	-103	-108	-103
darunter:			
Erwerbsfähige ^a	-174	-174	-134
Personen im Rentenalter ^b	49	44	12
<i>Nachrichtlich:</i>			
Einwohnerzahl ABL	-35	-150	-124

^a Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. – ^b Personen im Alter von 65 Jahren und mehr.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die Verringerung der Zahl der Erwerbsfähigen in Ostdeutschland ist auch auf die anhaltend hohen Wanderungsverluste zurückzuführen.² So überstieg im Jahr 2008 – neuere Daten liegen nicht vor – die Zahl der Abwanderer die der Zuwanderer um 60 000 Personen.

Auch gemessen am Erwerbspersonenpotenzial nahm im Jahr 2009 das Arbeitsangebot um 122 000 Personen bzw. -1,7% gegenüber dem Vorjahr ab (vgl. Tabelle 3). Zum Erwerbspersonenpotenzial zählen die Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, die in einem Arbeitsverhältnis stehen beziehungsweise eine Arbeitsstelle suchen.³ Letztere umfassen die Unterbeschäftigten.⁴ Zu diesen gehören die registrierten Arbeitslosen, die Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie die so genannte Sille Reserve im engeren Sin-

² Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 1, Reihe 1.2. Zur Problematik der Abwanderung aus Ostdeutschland vgl. KUBIS, A.; SCHNEIDER, L.: Wanderungsverhalten der Ostdeutschen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, 4/2008, S.128-131. – KUBIS, A.; SCHNEIDER, L.: Einwanderung nach Ostdeutschland: Neue Chance 2011, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2010, S. 198-204.

³ Vgl. AUTORENGEMEINSCHAFT: Analyse und Vorausschau der kurzfristigen Arbeitsmarktentwicklung, in: G. Kleinhenz (Hrsg.), IAB-Kompodium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAb 250). Nürnberg 2002, S.227 ff.

⁴ Vgl. hierzu auch: BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Nürnberg, Mai 2009.

Tabelle 3:
Auslastung des Arbeitskräftepotenzials in Ostdeutschland^a

		2006	2007	2008	2009	<i>Nachrichtlich: ABL 2009</i>
		<i>in 1 000 Personen</i>				
1	Erwerbsfähige ^b	9 063	8 886	8 711	8 537	45 465
2	Erwerbstätige (Inland) ^c	5 641	5 732	5 778	5 752	34 512
3	Pendlersaldo	402	417	433	408	-501
4	Erwerbstätige Inländer (Arbeitsplätze) ^c	6 043	6 149	6 211	6 160	34 011
5	Unterbeschäftigte (Arbeitsplatzlücke)	1 654	1 420	1 251	1 205	3 768
6	Registrierte Arbeitslose	1 187	1 030	890	866	2 557
7	Sonstige Unterbeschäftigte ^d	306	269	252	276	883
8	Stille Reserve i. e. S. ^e	161	121	109	63	328
9	Erwerbspersonenpotenzial (Arbeitskräftepotenzial) ^f	7 526	7 416	7 309	7 187	37 215
10	Erwerbstätigenquote [(4)/(1)*100]	66,7	69,2	71,3	72,2	74,8
11	Erwerbsbeteiligungsquote [(9)/(1)*100]	83,0	83,5	83,9	84,2	81,9
12	Auslastungsgrad [(4)/(9)*100]	80,3	82,9	85,0	85,7	91,4

^a Ostdeutschland ohne Berlin. – ^b Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. – ^c Einschließlich Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen sowie an Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen; Kurzarbeiter; Personen in Altersteilzeit; Ein-Euro-Jobs. – ^d Arbeitslose nach §125, 126 SGB III; Ausfall durch Kurzarbeit (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen sowie an Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen; Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; Personen in Aktivierung und beruflicher Eingliederung (§46 SGB III); Ein-Euro-Jobs; Teilnehmer an Deutschlehrgängen; Vorruhestandler; Ausfall durch Altersteilzeit (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, am Programm JUMP+, am Programm Arbeit für Langzeitarbeitslose sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^e Schätzungen auf der Grundlage von Angaben des IAB zur Stillen Reserve i. e. S. – ^f Summe aus Erwerbstätigen und Unterbeschäftigten. Zur Vermeidung von Doppelzählungen werden die Personengruppen, die in beiden Positionen enthalten sind, herausgerechnet. Dazu zählen: Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen sowie an Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen; Kurzarbeiter (in Vollzeitäquivalenten), Personen in Altersteilzeit (in Vollzeitäquivalenten) sowie 1-Euro-Jobs. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung und „traditioneller“ Teilzeitarbeit sind doppelt enthalten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Veröffentlichung: März 2010); Fuchs, J.; Hummel, M.; Klinger, S.; Spitznagel, E.; Wanger, S.; Zika, G.: Die Spuren der Krise sind noch länger sichtbar, in: IAB-Kurzbericht, 3/2010; Berechnungen des IWH.

ne.⁵ Das Erwerbspersonenpotenzial umfasste im Jahr 2009 rund 7,19 Mio. Personen.⁶ Dies sind 84,2% der Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren.

⁵ Dabei handelt es sich um Personen, die beschäftigungslos und verfügbar sind, sowie Arbeit suchen, ohne als Arbeitslose registriert zu sein sowie um Personen, die die Arbeitssuche entmutigt aufgegeben haben, aber bei guter Arbeitsmarktlage Arbeitsplätze nachfragen würden. Vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Arbeitsmarkt 2008. Nürnberg 2008, S. 43. Zu den methodischen Probleme bei der Schätzung der „Stillen Reserve i. e. S.“ vgl. FUCHS, J.: Erwerbspersonenpotenzial und stille Reserve. Konzeption und Berechnungsweise, in: G. Kleinhenz (Hrsg.), IAB-Kompodium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB 250). Nürnberg 2002, S.79 ff. – HOLST, E.: Die stille Reserve am Arbeitsmarkt, Größe, Zusammensetzung, Verhalten. Berlin 2000. – FUCHS, J.; WALWEI, U.; WEBER, B.: Arbeitsmarktanalyse: Die „Stille Reserve“ gehört ins Bild vom Arbeitsmarkt, in: IAB-Kurzbericht 21/2005.

⁶ Im Unterschied zur Schätzung des Erwerbspersonenpotenzials durch das IAB (vgl. FUCHS, J.; HUMMEL, M.; KLINGER, S.; SPITZNAGEL, E.; WANGER, S.; ZIKA, G.: Die Spuren der Krise sind noch länger sichtbar, in: IAB-Kurzbericht 3/2010) sind in der Abgrenzung des IWH die Arbeitslosen mit Nebenjob doppelt erfasst, und zwar sowohl

Hinter der Verringerung des Erwerbspersonenpotenzials verbirgt sich sowohl der Beschäftigungsrückgang an erwerbstätigen Inländern (-51 000 Personen bzw. 0,8%) infolge des Produktionseinbruchs in Ost- und Westdeutschland sowie in den Nachbarländern, die Arbeitsplätze für Auspendler stellen, als auch der Abbau der Unterbeschäftigung. Sie sank um 46 000 Personen bzw. 3,7%, woran alle drei Personengruppen – die registrierten Arbeitslosen, die Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie die Stille Reserve i. e. S. – Anteil hatten.

In der Krise hat sich damit der Auslastungsgrad des Erwerbspersonenpotenzials in Ostdeutschland nicht verringert, sondern erhöht. Er ist auf knapp 86% gestiegen; der westdeutsche Vergleichswert beträgt 91,4% (vgl. Tabelle 3). Zwar ist die Zahl der Erwerbstätigen infolge des Produktionseinbruchs gesunken, jedoch gingen auch andere Komponenten des Erwerbstätigenpotenzials zurück.

in der Größe „Erwerbstätige“ als auch bei den „Unterbeschäftigten“ (vgl. Anmerkung f in Tabelle 3).

Dem gesunkenen Arbeitsangebot standen bis zum Ausbruch der Krise im Jahr 2008 erweiterte Produktionsmöglichkeiten von Seiten des Faktors Kapital gegenüber. Die Zugänge zum Sachanlagevermögen waren bei einem Anstieg der Anlageinvestitionen im Jahr 2007 um 3,9% noch einmal kräftig. Damit waren die Anlageinvestitionen nach der zehnjährigen Schwächephase von 1996 bis 2005, in der zum Teil deutliche Rückgänge stattgefunden hatten, das zweite Jahr in Folge ausgeweitet worden. Die Expansion betraf ausschließlich die Ausrüstungsinvestitionen. Dazu beigetragen hatten sowohl das erwartete Auslaufen der Investitionszulage als auch die damals gültigen degressiven Abschreibungsbedingungen, die bei den seinerseits günstigen Absatzerwartungen in allen Wirtschaftsbereichen zu deutlichen Vorzieheffekten geführt hatten. Die Bauinvestitionen hatten dagegen nahezu stagniert. Zwar zog bei Kapazitätserweiterungen auch der Wirtschaftsbau mit; so stiegen im Jahr 2007 die Bauinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe mit zweistelligen Raten. Der öffentliche Sektor nahm neue Bauvorhaben bei einer allmählich sich verbessernden Einnahmesituation nur zögerlich in Angriff.

Der Bestand an Produktionsanlagen stieg zum Jahresanfang 2008 in der Gesamtwirtschaft um 3,7%. Der aus Gebäuden, Ausrüstungsgütern und sonstigen Anlagen bestehende Produktionsapparat wurde um 2,3% erweitert (vgl. Tabelle 4). Damit hat sich das Aufbautempo des Produktionsapparates in der Gesamtwirtschaft trotz kräftiger Zugänge an neuen Maschinen und anderen Produktionsanlagen wenig beschleunigt. Hier dürfte eine Rolle spielen, dass die im Zuge des wirtschaftlichen Neuaufbaus in Ostdeutschland Anfang der 1990er Jahre schubartig aufgebauten modernen Produktionskapazitäten inzwischen ihre Nutzungsdauer erreicht haben und ausgesondert wurden. Dies gilt vor allem für das produzierende Gewerbe, auch wenn die aktuellen Daten für 2008 auf eine leichte Beschleunigung bei der Erneuerung und Erweiterung des Produktionsapparats bis Anfang des Jahres 2008 – neuere Daten liegen nicht vor – hinweisen scheinen.

Das schnellere Wachstum des Sachanlagevermögens gegenüber der Beschäftigung hat im Jahr 2008 zu einer Erhöhung der Kapitalintensität der Produktion um 1,5% beigetragen. Trotz der zunehmenden Bedeutung des Humankapitals bleibt die Ausstattung der Arbeitsplätze mit Maschinen und Anlagen eine wichtige Voraussetzung für die Steigerung der Produktivität der Arbeit und die

Tabelle 4:
Anlagevermögen und Produktivität in der ostdeutschen Wirtschaft^a

	2006	2007	2008	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % ^b			Niveau ^c ABL = 100
Insgesamt				
Bruttoanlagevermögen	2,1	2,2	2,3	13,9
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,1	2,5	3,7	14,8
Kapitalproduktivität ^d	1,3	-0,1	-1,3	94,1
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	2,2	-0,5	-2,6	88,6
Arbeitsproduktivität ^e	2,7	0,4	0,2	78,2
Kapitalintensität ^f	1,5	0,5	1,5	83,1
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,5	0,9	2,9	88,3
Darunter:				
Produzierendes Gewerbe				
Bruttoanlagevermögen	1,1	1,5	1,9	18,7
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,1	2,0	2,7	17,4
Kapitalproduktivität ^d	5,0	2,4	-1,2	66,7
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	4,9	1,9	-1,9	71,8
Arbeitsproduktivität ^e	5,8	1,4	-0,4	75,7
Kapitalintensität ^f	0,8	-0,9	0,7	113,5
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,9	-0,4	1,5	105,5
Dienstleistungsbereiche einschließlich Staat				
Bruttoanlagevermögen	2,3	2,4	2,5	13,1
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,8	2,8	4,2	12,4
Kapitalproduktivität ^d	0,3	-0,6	-1,3	100,6
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,7	-1,0	-3,0	106,4
Arbeitsproduktivität ^e	1,7	0,4	0,4	79,4
Kapitalintensität ^f	1,4	1,0	1,8	78,9
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,0	1,4	3,6	74,6

^a Neue Bundesländer ohne Berlin, Alte Bundesländer einschließlich Berlin. – ^b Zu Preisen von 2000. – ^c Zu Wiederbeschaffungspreisen. – ^d Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung der Bereiche bezogen auf den Jahresanfangsbestand des Bruttoanlagevermögens. – ^e Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (Inland). – ^f Jahresanfangsbestand des Bruttoanlagevermögens je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: Juli 2010); Berechnungen des IWH.

Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Im Zusammenhang mit den im Laufe des Jahres 2008 einsetzenden Produktionsrückgängen hat sich die Produktivität, bezogen auf den Faktor Arbeit und den Faktor Kapital, unterschiedlich entwickelt. In der Industrie, dem Verlierer in der Krise, ist die Produktivität sowohl der Arbeit als auch des Kapitals trotz gesteigener Kapitalintensität zum Teil deutlich gesunken. Die Produktivitätsabstände gegenüber dem Westen verharrten 2008 bei einem Drittel bezüglich des Faktors Kapital und einem Viertel bezüglich des Faktors Arbeit. Im Dienstleistungssektor stieg dagegen die Arbeitsproduktivität, wenngleich nur leicht, und verharrte bei knapp 80% des Niveaus in Westdeutschland. Auch hier ging die Kapitalproduktivität zurück. Sie zog mit den westdeutschen Verhältnissen in diesem Sektor gleich, übertraf aber deren Stand weiter, bezogen auf Ausrüstungen und sonstige Anlagen. Verglichen mit den erneut erweiterten Produktionsmöglichkeiten war der tatsächliche Leistungszuwachs bereits vor dem Höhepunkt der Krise zu gering, um eine höhere Produktivität des eingesetzten Kapitals sicherzustellen. Alles in allem haben sich die Produktivitätsparameter der ostdeutschen Wirtschaft bereits beim Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise verschlechtert. Die Arbeitsproduktivität stieg kaum noch und die Kapitalproduktivität sank deutlich.

Entwicklung der Nachfrage

Exporte nach massivem Einbruch auf Erholungskurs

Mit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise ging der ostdeutsche Exportboom im Jahr 2009 abrupt zu Ende. Wie im vergangenen Jahr prognostiziert, profitierten die Exportgüterproduzenten in den Neuen Bundesländern in der Krise nicht mehr von der regionalspezifischen Marktausrichtung.⁷ Während sich in den zurückliegenden Jahren die stark expandierende Nachfrage der mittel- und osteuropäischen Länder einschließlich Russlands als Stütze des Exports erwiesen hatte, brachen die Lieferungen in diese für die ostdeutsche Exportwirtschaft besonders wichtige Region im Jahr 2009 überdurchschnittlich ein. Verantwortlich hierfür war der kräftige Rückgang der Binnen-

nachfrage, der in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern stärker ausfiel als in den alten EU-Mitgliedstaaten.⁸ Demgegenüber wurden die Absatzrückgänge in wichtigen westlichen Industrieländern, etwa Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, aber auch den USA, durch konjunkturpolitische Maßnahmen in diesen Ländern abgemildert. Alles in allem mussten die ostdeutschen Unternehmen mit gut 16% starke Exporteinbußen hinnehmen (vgl. Tabelle A3 im Anhang). Allerdings brachen die ostdeutschen Ausfuhren, wie vom IWH prognostiziert, weniger ein als die westdeutschen.⁹ Aufgrund der schwachen Nachfrage haben die Produzenten die Ausfuhrpreise deutlich nach unten angepasst, sodass sich der reale Exportrückgang in den Neuen Bundesländern im Jahr 2009 „nur“ auf gut 13% belief (Prognose des IWH 2009: -12%).

Während die regionale Ausrichtung der ostdeutschen Exporte in der Krise nicht mehr zum Vorteil gereichte, können die im Vergleich zu Westdeutschland geringeren Exporteinbußen unter anderem durch die unterschiedliche Bedeutung der von der Krise am stärksten erfassten Produktgruppen erklärt werden. So betrafen die Nachfrageeinbrüche insbesondere Investitionsgüter, wie etwa Fahrzeuge oder Maschinen, die zwar auch in Ostdeutschland einen hohen, aber dennoch deutlich geringeren Stellenwert einnehmen als in den Alten Bundesländern (vgl. Tabelle 5).

Dagegen fiel der Rückgang bei den für den ostdeutschen Export relativ bedeutenden Nahrungsgütern recht gering aus.

Nach dem kräftigen Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 ziehen die Ausfuhren bereits seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres wieder merklich an. Auch im laufenden Jahr befinden sich die Exporte im Aufwind.

⁷ Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR OSTDEUTSCHLAND: Ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2009: Aufholen in der Weltfinanzkrise? – Rechnerisch scheinbar, in Wirklichkeit nicht!, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 8/2009, S. 309 ff.

⁸ Der kräftige Rückgang der Binnennachfrage hat in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern bewirkt, dass dort, anders als in vielen westeuropäischen Ländern, die Importe stärker eingebrochen sind als die Exporte. Dadurch wurden die Produktionsrückgänge durch steigende Außenbeiträge abgemildert, sodass die Bruttoinlandsprodukte weniger rückläufig waren als die Binnennachfrage.

⁹ Zudem fällt der konjunkturelle Effekt des Exportrückgangs in den Neuen Bundesländern aufgrund der relativ niedrigen Exportquote geringer aus als in den Alten Bundesländern. Darüber hinaus waren, anders als in Westdeutschland, in den Neuen Bundesländern die Einfuhren 2009 noch stärker rückläufig als die Ausfuhren.

Tabelle 5:
Exportentwicklung der Neuen und Alten Bundesländer im Jahr 2009
- in jeweiligen Preisen -

	Zuwachs gg. Vj. in %		Exportanteil	
	NBL	ABL	NBL	ABL
Ausfuhr insgesamt	-16,2	-18,0	100,0	100,0
darunter:				
Mineralölzeugnisse	-31,4	-43,2	2,1	1,2
Metalle, Metall- erzeugnisse	-28,1	-29,6	9,2	7,9
Kraftfahrzeuge, -teile	-25,5	-29,1	14,1	15,0
Textilien	-21,5	-17,3	0,7	0,1
Maschinen	-21,0	-24,3	11,5	15,3
Elektr. Ausrüstungen	-19,8	-17,7	4,0	6,2
Chemische Erzeugnisse	-19,3	-19,5	10,1	9,1
Glas, Keramik, Verarb. Steine / Erden	-18,4	-18,0	2,0	1,3
Gummi- und Kunst- stoffwaren	-13,8	-16,9	3,5	3,4
Gew. Steine / Erden	-13,6	-24,6	0,2	0,1
Nahrungsgüter	-3,6	-9,0	6,4	4,6

NBL: Neue Bundesländer ohne Berlin; ABL: Alte Bundesländer mit Berlin.

Quellen: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des IWH.

So sind die Auftragseingänge aus dem Ausland bereits seit Frühjahr 2009 wieder aufwärts gerichtet und übertrafen in den ersten Monaten dieses Jahres den Stand vor Jahresfrist um ein Drittel. Die Bestellungen von Investitionsgütern wurden seit Jahresbeginn 2010 nach dem kräftigen Nachfrageeinbruch in der Krise überdurchschnittlich ausgeweitet. Während die geringe Bedeutung dieser Gütergruppe im ostdeutschen Export in der Krise noch von Vorteil war, könnte sich dies nun ins Gegenteil verkehren. Dennoch werden die Handelspartnerländer ihre Nachfrage nach ostdeutschen Gütern weiter ausweiten, wenn auch nicht mehr in dem Maße wie in den zurückliegenden Monaten. So werden die westlichen Industrieländer die expansive Fiskalpolitik, die als eine Ursache der konjunkturellen Erholung im vergangenen Winterhalbjahr anzusehen ist, nicht weiter fortsetzen. Zwar werden einige osteuropäische EU-Mitgliedstaaten, insbesondere aber Russland, im laufenden Jahr wieder stärker expandieren als die westlichen Industrieländer (vgl. Tabelle 6). Dagegen werden andere mittel- und osteuropäische Länder ebenso wie die südeuropäischen EU-Mitglieder ihre Nachfrage aufgrund von Spar- und Konsolidierungszwängen kaum ausweiten. Demgegenüber legen die Ausfuhren insbesondere in die

asiatischen Schwellenländer, aber auch in die USA infolge der dortigen konjunkturellen Erholung im Prognosezeitraum bereits wieder recht kräftig zu. Beflügelt werden die Exporte in Drittstaaten zudem durch die starke Euro-Abwertung. Insgesamt stellt sich die Nachfrageentwicklung in den einzelnen Zielregionen aus ostdeutscher Perspektive nur geringfügig günstiger dar als aus westdeutscher Sicht. Das exportgewichtete Bruttoinlandsprodukt der ostdeutschen Handelspartnerländer wird im Jahr 2010 wieder steigen (vgl. Tabelle 7), mit gut 2% allerdings deutlich weniger als in den Jahren vor der Wirtschafts- und Finanzkrise. Alles in allem dürften die ostdeutschen Exporte im Jahr 2010 um 11% und damit etwas stärker zulegen als die westdeutschen.

In der Krise Rückgang der Warenlieferungen auch in die Alten Bundesländer

Der Warenexport einer Region umfasst nicht nur die Ausfuhren in das Ausland, sondern auch in das übrige Staatsgebiet. Während für die Analyse der ostdeutschen Warenlieferungen in das Ausland für das Krisenjahr 2009 amtlich ermittelte Daten verfügbar sind, muss bei der Analyse der Warenlieferungen in das übrige Bundesgebiet auf nichtamtliche Erhebungsdaten wie das IAB-Betriebspanel zurückgegriffen werden. Hier werden die Angaben turnusgemäß erst Anfang 2011 vorliegen, sodass derzeit keine Quantifizierungen für den seit 2005 größten Absatzmarkt der ostdeutschen Industrie vorgenommen werden können (vgl. Tabelle 8). Ein Rückgang der Ausfuhren dürfte aber auch hier infolge der engen Lieferverflechtungen der Betriebe vor allem im Bereich der Herstellung von Kraftwagen und -teilen sowie der Metall- und Elektroindustrie generell stattgefunden haben. Insgesamt ist er vermutlich weniger intensiv als bei den Lieferungen in das Ausland ausgefallen, da der Umsatz einer großen Zahl von Branchen der ostdeutschen Industrie im Inland weniger stark als im Ausland zurückgegangen war. Allerdings haben die umsatzstarken Erzeuger von Chemieprodukten und von Nahrungsgütern in der Krise im Inland stark eingebüßt. Im laufenden Jahr dürfte die starke Dynamik der deutschen Exporte auch auf die ostdeutschen Lieferungen nach Westdeutschland ausstrahlen.

Tabelle 6:
BIP der Handelspartner und Warenexporte Ost- und Westdeutschlands

	Realer BIP-Zuwachs (%)			Exportanteile in %			
				ABL		NBL	
	2008	2009	2010 ^a	2008	2009	2008	2009
Europa				74,7	73,7	75,0	72,4
EU-15 (ohne Deutschland)	0,3	-3,9	0,9	51,8	52,4	45,2	44,6
Neue EU-Mitglieder	4,1	-3,7	1,6	11,4	10,5	19,1	16,7
Russland	5,6	-7,9	4,0	3,2	2,5	3,9	2,9
Amerika				10,4	9,7	9,2	9,4
USA	0,4	-2,4	3,1	7,3	6,7	6,5	6,5
Asien				11,9	13,4	13,4	14,9
Südostasien ^b	3,4	0,7	5,1	2,7	2,9	3,7	3,7
Japan	-1,2	-5,2	1,9	1,3	1,4	1,0	1,0
China	9,6	8,7	10,0	3,5	4,5	3,4	4,3

^a Prognosen des IWF; Berechnungen des IWH. – ^b Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen.

Quellen: IWF; Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts; Berechnungen des IWH.

Tabelle 7:
Exportgewichtete Auslandsnachfrage

	Exportgewichtetes Bruttoinlandsprodukt der Handelspartner ^a (reale Veränderungen gegenüber Vorjahr in %)		
	2008	2009	2010 ^b
ABL	1,7	-3,0	2,0
NBL	2,0	-2,7	2,2

^a Gegenüber 36 Ländern. – ^b Prognosen des IWF; Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts; Berechnungen des IWH.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IWF; Berechnungen des IWH.

Tabelle 8:
Regionale Absatzstruktur des Verarbeitenden Gewerbes der Neuen Bundesländer^a
- Anteil der Regionen am Umsatz in % -

	Neue Bundesländer	Alte Bundesländer	Ausland
2000	45,3	36,7	18,0
2005	37,6	38,2	24,2
2008	35,2	37,2	27,6

Quellen: IAB-Betriebspanel 2001, 2006, 2009 (auf Grundgesamtheit hochgerechnet); Neue Bundesländer ohne Berlin; Berechnungen des IWH.

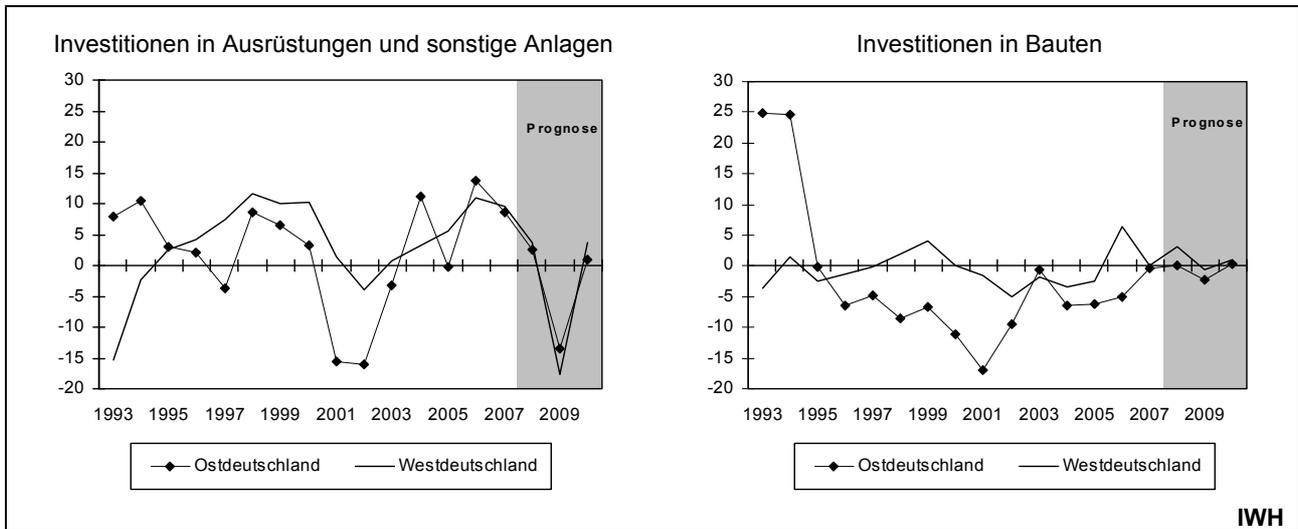
Ausrüstungsinvestitionen reagibel in der Krise

Bei Ausbruch der Krise expandierten laut Schätzung des IWH die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2008 zunächst noch im Sog der Exportkonjunktur, insgesamt fielen die Zuwächse aber schon deutlich schwächer aus als in den beiden Jahren zuvor (vgl. Abbildung 3).¹⁰ Im Winterhalbjahr 2008/2009 kam es dann zu einem regelrechten Absturz. Angesichts der Absatz- und Gewinneinbrüche und der Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Konjunktur schränkten die Unternehmen vor allem ihre Investitionen in Ausrüstungen in erheblichem Maße ein, zumal sich auch die externen Finanzierungsbedingungen verschlechterten. Die Kapazitätsauslastung der ostdeutschen Industrie war allerdings wegen der geringeren Exportabhängigkeit nicht ganz so stark zurückgegangen wie in Deutschland insgesamt (vgl. Abbildung 4), sodass der Investitionseinbruch hier wohl etwas geringer ausfiel. Laut dem IAB-Betriebspanel von 2009¹¹ hatten in den Alten Bundesländern auch deutlich mehr Unternehmens- und Finanzdienstleister sowie mehr Verkehrs- und Lagerbetriebe geplante Investitionen zurückgestellt oder verringert als in den Neuen Bundesländern. Für einen geringeren Investitionseinbruch spricht auch die Tatsache, dass in Ostdeutschland mehr Erweiterungsinvestitionen in weniger konjunkturabhängigen Berei-

¹⁰ Die amtliche Datenreihe zu den Anlageinvestitionen der Bundesländer reicht derzeit nur bis 2007.

¹¹ TNS Infratest Sozialforschung, IAB-Betriebspanel 2009, Elektronisches Tabellenwerk, Februar 2010.

Abbildung 3:
Entwicklung der Investitionen in Ausrüstungen, sonstige Anlagen und Bauten im Ost-West-Vergleich^a
- Investitionen in Preisen von 2000, Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland einschließlich Berlin.

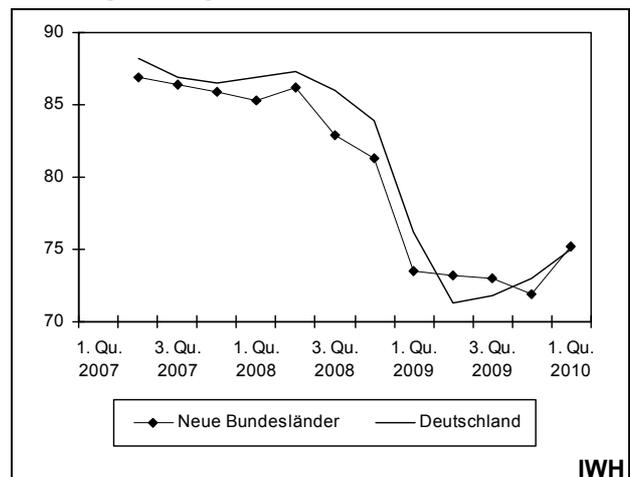
Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: November 2009); Statistisches Bundesamt; 2008 bis 2010: Schätzung und Prognose des IWH.

chen vorgenommen werden als in den Alten Bundesländern. So hat sich laut IAB-Betriebspanel der Anteil der Industriebetriebe mit größervolumigen Erweiterungsinvestitionen gegenüber 2008 kaum verändert, während in Westdeutschland ein Rückgang zu beobachten war. Auch die DIHK-Umfragen¹² signalisieren für Ostdeutschland einen weniger starken Investitionsverzicht im Jahr 2009 als in den nördlichen, westlichen und vor allem südlichen Regionen Deutschlands, der sich vor allem auf einen geringeren Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen bezieht.

Die Bauinvestitionen erwiesen sich generell als deutlich weniger krisenanfällig als die Ausrüstungsinvestitionen. Dennoch dürfte in Ostdeutschland in den Jahren 2008 und 2009 etwas weniger in Bauten investiert worden zu sein als in den Alten Bundesländern. Ausschlaggebend war der Wohnungsbau. Die sich nur langsam entwickelnden Einkommens- und Vermögenszuwächse, der anhaltende Bevölkerungsrückgang und die nun auch sinkende Haushaltszahl sind wesentliche Gründe dafür, dass der Wohnungsbau sogar rückläufig war. Der gewerbliche und der öffentliche Bau expandierten zwar im Jahr 2008, allerdings schwächer als in Westdeutschland. Der Anstoß im Aufschwung 2007/2008 war für den Wirtschaftsbau

wegen nicht so hoher Kapazitätsengpässe und bei den Kommunen wegen nicht so stark gesteigener Steuereinnahmen erheblich geringer als in Westdeutschland. Im Jahr 2009 dürfte der Einbruch im Nichtwohnbau dafür geringer ausgefallen sein. Darauf deuten sowohl die Umsätze als auch die geleisteten Stunden dieser Sparten im Bauhauptgewerbe hin.

Abbildung 4:
Kapazitätsauslastung der Industrie Ostdeutschlands und Deutschlands
- in % der betriebsüblichen Vollauslastung, saison- und witterungsbereinigt -

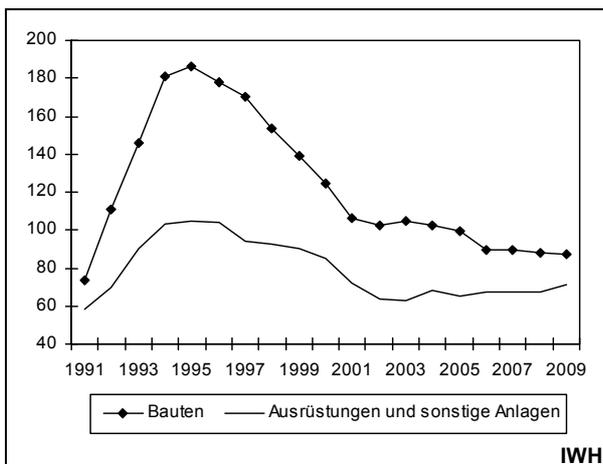


Quellen: ifo Konjunkturtest; Darstellung des IWH.

¹² Wirtschaftslage und Erwartungen, Ergebnisse der DIHK-Umfrage bei Industrie- und Handelskammern Jahresbeginn 2010, S. 55-57.

Zwar deutet sich bei den Ausrüstungsinvestitionen im Pro-Kopf-Vergleich zuletzt eine gewisse Annäherung von niedrigem Niveau aus an (vgl. Abbildung 5), diese ist aber zu einem großen Teil auf die rückläufige Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen. Nachhaltig wird diese Angleichung auch insofern nicht sein, da dem geringeren Einbruch im Jahr 2009 eine zögerliche Erholung folgen dürfte.

Abbildung 5:
Ausrüstungs- und Bauinvestitionen pro Kopf^a
- Niveaurelation je Einwohner in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland einschließlich Berlin.
Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: November 2009); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Erst mit zeitlichem Nachlauf profitiert die stärker auf Zulieferungen ausgerichtete ostdeutsche Industrie von der weltweiten Erholung, darauf deutet auch die nachlaufende Besserung bei der Kapazitätsauslastung hin. Bei den Bauten stagnieren die Pro-Kopf-Investitionen seit 2006 nahezu.

Investitionen erholen sich zögerlich

Seit dem Tiefstand im Winterhalbjahr 2008/2009 erholen sich die Investitionen, wenn auch zögerlich. Im späteren Verlauf des Jahres 2009 standen vor allem bislang zurückgestellte und dringend notwendige Ersatzinvestitionen an. Die Erfüllung des Ersatzbedarfs dürfte sich im laufenden Jahr weitgehend fortsetzen, allenfalls ergänzt durch Rationalisierungs- und Modernisierungsinvestitionen. Die Produktionskapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe werden zwar inzwischen wieder etwas besser ausgelastet als auf dem Höhepunkt der Krise, der Auslastungsgrad ist aber nach wie vor weit

vom langfristigen Durchschnitt entfernt.¹³ Die Erholung zeigt sich zunächst darin, dass der Anteil der Unternehmen, die ihre Pläne in der Krise reduziert hatten, gegenüber dem Vorjahr deutlich abnimmt. Darauf verweisen die Investitionsabsichten der ostdeutschen Unternehmen aus der DIHK-Umfrage vom Frühjahr 2010¹⁴ als auch die Industrieumfragen des IWH (vgl. Tabelle 9). Laut IWH-Umfrage verzichteten im Jahr 2009 die Vorleistungsgüterproduzenten am stärksten auf Investitionen, während die Investitionsgüterhersteller nach dem starken Zuwachs im Jahr 2008 einen vergleichsweise moderaten Rückgang für das Krisenjahr signalisierten. Aufgrund der Abhängigkeiten in der Zulieferkette nach Westdeutschland sind auch die Investitionsabsichten in der Vorleistungsgüterindustrie für das laufende Jahr immer noch verhalten. Gleiches gilt für die Investitionsgüterindustrie, die wohl erst auf nachhaltige Absatzsignale aus dem In- und Ausland wartet. Die konsumabhängigen Branchen signalisieren eine Stabilisierung des zuvor deutlich gesunkenen Investitionsniveaus. Mit der Aufhellung der Absatzaussichten und unter dem Druck des globalen Wettbewerbs wird sich der Abwärtstrend bei den Ausrüstungen im weiteren Verlauf des Jahres aber wohl in allen Branchen umkehren, zumal sich die Unternehmen die bis Ende 2010 noch gültigen degressiven Abschreibungsbedingungen sichern werden. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich ein geringfügiges Plus an Ausrüstungsinvestitionen (vgl. Tabelle 10).

Die Bauinvestitionen werden ebenfalls nur sehr moderat ausgeweitet. Zwar werden durch das Konjunkturpaket insgesamt 1,85 Mrd. Euro für die Neuen Bundesländer bereitgestellt. Das sind mit 18,5% der insgesamt zur Verfügung gestellten Mittel mehr als deren Bevölkerungsanteil (15,8%). Der Impuls hieraus dürfte aber dennoch geringer ausfallen als in den Alten Bundesländern, da der ostdeutsche Anteil an den öffentlichen Bauinvestitionen mit ca. einem Viertel nach wie vor weit überproportional hoch ist. Zugleich ist davon auszugehen, dass zwar die geplanten Vorhaben aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm umgesetzt, die

¹³ Die Kapazitätsauslastung lag im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe im ersten Quartal 2010 laut ifo-Konjunkturtest bei durchschnittlich 75% nach 71,9% im Tiefpunkt, vor Krisenausbruch lag sie bei rund 86% (vgl. auch Abbildung 4 zur ifo Kapazitätsauslastung).

¹⁴ Die Investitionsabsichten, saldiert aus den „höher“- und „geringer“-Meldungen, gehen für Ostdeutschland insgesamt von -19 im Frühjahr 2009 auf -5 im Frühjahr 2010 zurück. DIHK-Umfrage, S. 55 (vgl. Fußnote 12).

eigenen Bauprogramme der Kommunen wegen der angespannten Finanzlage aber wohl zum Teil drastisch zurückgefahren werden. Den dennoch insgesamt zu erwartenden positiven Impulsen der öffentlichen Hand wirkt zudem der Wirtschaftsbau entgegen. Hier wird es nochmals zu einem Rückgang kommen, da das Hauptmotiv der Unternehmensinvestitionen auch im laufenden Jahr nicht Erweiterung, sondern Ersatz und Rationalisierung bleibt. Der Wohnungsbau wird geringfügig zulegen. Darauf deuten die zuletzt gestiegenen Genehmigungen sowohl für Wohnungsunternehmen als auch für private Haushalte hin. Die nach wie vor günstigen Hypothekenzinsen, die nachlassenden Arbeitsmarktrisiken, wohl aber auch die Diskussionen über Inflationsgefahren dürften sowohl den Neubau als auch Modernisierungsleistungen anregen.

Tabelle 9:
Investitionsneigung der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes nach Hauptgruppen
- Prozentanteile saldiert^a -

	2008 gg. 2007	2009 gg. 2008	Plan 2010 gg. 2009
Vorleistungsgüter	6,1	-20,6	-8,7
Investitionsgüter	13,1	-7,5	-6,1
Ge- und Verbrauchsgüter	11,0	-11,5	0
Verarb. Gewerbe gesamt	9,4	-14,5	-5,6

^a Anteil der „höher“-Meldungen minus Anteil der „geringer“-Meldungen.

Quelle: IWH-Industrienumfrage vom März 2010.

Tabelle 10:
Anlageinvestitionen in Ostdeutschland^a
- Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Preise von 2000 -

	2007	2008	2009	2010
Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	8,7	2,5	-13,5	1,0
Neue Bauten insgesamt	-0,3	0,2	-2,2	0,4
davon:				
Wohnbauten	-1,5	-1,7	-4,0	0,8
Nichtwohnbauten	0,6	1,7	-0,8	0,2
Anlageinvestitionen	3,7	1,3	-7,8	0,7

^a Ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: November 2009); Statistisches Bundesamt; Ausrüstungen, sonstige Anlagen und Bauten ab 2008: Schätzung und Prognose des IWH; Aufteilung der Bauten: Schätzung und Prognose des IWH.

Steuer- und beitragsfinanzierte Einkommen stabilisieren privaten Konsum

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ist nur in einem geringen Maße bei den ostdeutschen privaten Haushalten angekommen. Ursachen dafür liegen zum einen in der weniger krisenanfälligen Lage der privaten Haushalte hinsichtlich der Erwerbseinkommen – durch die geringere Exportorientierung waren die ostdeutschen Unternehmen in der Hochphase der Krise weniger betroffen. Zum anderen ist der Anteil der ostdeutschen Bevölkerung, der sein Einkommen hauptsächlich aus Steuern und sozialen Sicherungssystemen bezieht, wesentlich höher als in Westdeutschland. So gehören fast 28% aller ostdeutschen Erwerbstätigen zu den Beschäftigten im öffentlichen Dienst und dessen angrenzenden Bereichen.¹⁵ Dies ist wesentlich mehr als in Westdeutschland mit knapp 22%. Hinzu kommt, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in den Neuen Bundesländern zu 30% aus öffentlichen Transferzahlungen (gesetzliche Rente, Arbeitslosengeld etc.) bestehen und damit um 7 Prozentpunkte über dem Anteil in den Alten Bundesländern liegen. Dies alles hat zu einer Stabilisierung der Einkommenssituation der ostdeutschen Privathaushalte in der Krise beigetragen. So hat das verfügbare Einkommen nach 1,7% im Jahr 2008 auch im Jahr 2009 mit einem halben Prozentpunkt leicht zugenommen und übertraf damit geringfügig den gesamtdeutschen Zuwachs. Diese Entwicklung beruhte ausschließlich auf den Masseneinkommen (vgl. Tabelle 11). So sind die Bruttolöhne und -gehälter – anders als in den industriellen Zentren Westdeutschlands – weniger durch den Einsatz von Kurzarbeit gemindert worden. Auch kam die tarifliche Angleichung der Löhne und Gehälter in Ostdeutschland weiter voran, wenngleich sie sich im Verlauf des Jahres stark verlangsamte.

Die Ausweitung der monetären Sozialleistungen (beispielsweise Kindergeld) im Rahmen der Konjunkturprogramme oder auch die relativ starke Rentenerhöhung mit der damit verbundenen Anhebung der ALG II-Sätze Mitte 2009 haben zu einem Anstieg der Transfereinkommen in diesem Bereich geführt. Dieser liegt allerdings unter dem westdeutschen Vergleichswert, da die Kurzarbeit in Ostdeutschland einen geringeren Stellenwert ein-

¹⁵ Diese umfassen die Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung, der Verteidigung, der Sozialversicherungen, aus dem Bereich Erziehung und Unterricht sowie Gesundheits- und Sozialwesen.

nahm und zudem die Arbeitslosigkeit wiederum zurückgegangen war. In Westdeutschland ist sie dagegen angestiegen. Die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen sind in der Krise gesunken, wengleich in Ostdeutschland weniger stark als in Westdeutschland. Dies lässt sich auf den geringeren Anteil an Geldvermögen zurückführen.

Tabelle 11:
Bruttoeinkommen der privaten Haushalte in Ostdeutschland^a

	2008	2009	2010
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	4,1	0,1	1,3
Monetäre Sozialleistungen	-0,4	4,6	2,3
Selbstständigen- und Vermögenseinkommen	3,7	-3,8	-1,8
Bruttoeinkommen insgesamt	2,6	0,7	1,0
<i>Nachrichtlich:</i> Masseneinkommen ^b (brutto)	2,3	1,8	1,7

^a Ohne Berlin. – ^b Summe aus Bruttolöhnen und -gehältern und den monetären Sozialleistungen.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: Mai 2010); Angaben für 2009 und 2010 vom IWH geschätzt; Berechnungen des IWH.

Die Entwicklung der einzelnen Einkommensarten wirkt sich wegen des verschiedenen Gewichts der Einkommensquellen unterschiedlich auf die Gesamtgröße aus. So ist beispielsweise der Anteil der Vermögenseinkommen in Westdeutschland fast doppelt so hoch wie in Ostdeutschland (vgl. Tabelle 12). Hingegen ist der Anteil der Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen (beispielsweise gesetzliche Renten oder Arbeitslosengeld) in Westdeutschland wesentlich geringer als im Osten des Landes. Der Anteil der nichtöffentlichen Transferzahlungen, zu denen auch die betrieblichen Renten zählen, ist in Westdeutschland höher. Dies dürfte sich aufgrund der demographischen Entwicklung in Ostdeutschland auch in Zukunft wenig ändern. Durch den Wegzug von gutausgebildeten jüngeren Erwerbstätigen¹⁶ und den Verbleib der älteren Generation wird der Anteil der Transfer-

¹⁶ Vgl. KUBIS, A.; SCHNEIDER, L.: Wanderungsverhalten der Ostdeutschen, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel*, 4/2008, S.128-131. – SCHULTZ, A.: Brain drain aus Ostdeutschland? Ausmaß, Bestimmungsgründe und Folgen selektiver Abwanderung, in: *Forschungen zur Deutschen Landeskunde* Band 258, Leipzig 2009, S. 98 ff.

einkommen tendenziell zunehmen. Der Vermögensaufbau dürfte hingegen langfristig geringer verlaufen als in Regionen, die nicht von Abwanderung betroffen sind.

Wengleich aufgrund der höheren Wirtschaftskraft der Anteil der Primäreinkommen (Bruttoeinkommen aus unselbstständiger und selbstständiger Arbeit sowie Einnahmen aus Vermögen der privaten Haushalte in Westdeutschland höher ist als im Osten, so zeigt sich über die letzten Beobachtungsjahre ein leichter Anstieg. Die Bedeutung von öffentlichen Transferzahlungen hat dagegen im vergangenen Aufschwung bis 2007 abgenommen. Dies dürfte auch auf die Ausweitung von Beschäftigung und den Rückgang der Arbeitslosigkeit zurückzuführen sein.

Tabelle 12:
Bruttoeinkommensbestandteile der privaten Haushalte in Ost- und Westdeutschland^a

	2003		2005		2007	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West
	<i>Anteil am Bruttoeinkommen in %</i>					
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	55,0	57,3	56,7	60,2	58,6	60,1
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	(0,2)	0,4	(0,6)	0,6	(0,6)	0,6
Einnahmen aus Vermögen	5,2	10,4	6,4	10,1	6,5	10,8
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	36,3	26,9	31,8	23,7	30,2	23,1
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen	3,2	5,0	4,5	5,4	4,0	5,5

^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland einschließlich Berlin. Die Zahlen in Klammern bedeuten, dass weniger als 100 Haushalte bei der Berechnung der entsprechenden Durchschnittswerte zur Verfügung standen.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Laufende Wirtschaftsrechnungen 2007.

Die Bruttolöhne und -gehälter steigen im Jahr 2010 wieder etwas stärker als im Krisenjahr 2009, die monetären Sozialleistungen hingegen nach der Krise und infolge der derzeit geübten öffentlichen Ausgabenzurückhaltung etwas langsamer. Damit setzt sich die vor der Krise beobachtete Tendenz der wachsenden Bedeutung der Primäreinkommen

fort. Insgesamt nehmen die verfügbaren Einkommen in einer ähnlichen Größenordnung wie im Jahr 2009 zu (vgl. Tabelle 13). Pro Einwohner erhöht sich das ausgabenfähige Einkommen in Ostdeutschland jeweils um etwa 1½% in den Jahren 2009 und 2010.

Tabelle 13:
Verfügbare Einkommen, Konsumausgaben und Ersparnis der privaten Haushalte in Ostdeutschland^a

	2008	2009	2010
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Verfügbare Einkommen nominal	1,7	0,5	0,7
Real	-0,5	0,2	-0,5
Private Konsumausgaben nominal	1,5	0,4	0,2
real	-0,7	0,1	-1,0
Ersparnis	5,5	0,9	5,4
Sparquote (Ersparnis in % der verfügbaren Einkommen)	9,6	9,6	10,1
Konsumdeflator	2,2	0,3	1,2
<i>Nachrichtlich:</i>			
Tariflöhne je Stunde	4,1	2,5	1,8
Effektivlöhne je Arbeitnehmer	2,9	0,8	1,8
Bruttolöhne und -gehälter (Inland)	3,9	0,4	1,3
Reale private Konsumausgaben je Einwohner	0,1	1,0	-0,2

^a Ohne Berlin.

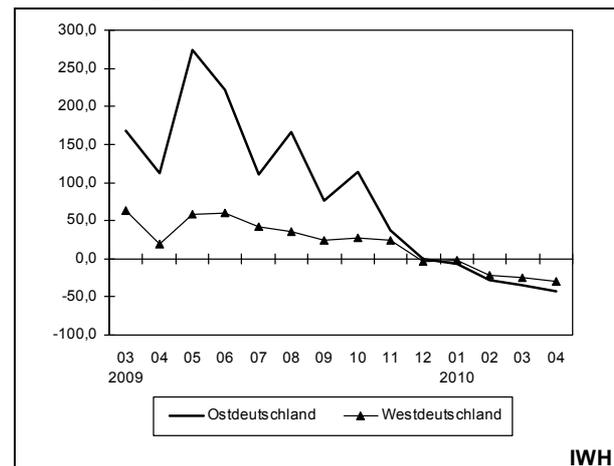
Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: Mai 2010); Angaben für 2009 und 2010 vom IWH geschätzt; Berechnungen des IWH.

Dank der relativ stabilen Einkommen konnten die privaten Haushalte ihr Konsumniveau auch im Krisenjahr 2009 halten. Hinzu kommt, dass gerade die Abwrackprämie für ältere Pkw in Ostdeutschland einen besonderen Kaufanreiz bot. So stiegen die Pkw-Neuzulassungen in Ostdeutschland beispielsweise im Mai 2009 auf über 250% im Vergleich zum Vorjahreswert. Insgesamt nahm die Zahl der Neuzulassungen in Ostdeutschland während der Bereitstellung der Abwrackprämie wesentlich stärker zu als in Westdeutschland (Vgl. Abbildung 6). Die Abwrackprämie trug letztlich dazu bei, dass die Konsumausgaben aller privaten Haushalte in Deutschland für Verkehr 2009 real um 4,5% bei einem insgesamt stagnierenden Kon-

sum stiegen.¹⁷ In Ostdeutschland dürfte der Zuwachs noch größer gewesen sein.

Die Ausgaben der privaten Haushalte für Verkehr hatten sich in den Jahren vor der Krise in beiden Gebietsteilen weitgehend angenähert und nahmen inzwischen mit 14% einen etwa gleichgroßen Raum in den jeweiligen Konsumentenbudgets ein. Im Jahr 2007 erreichten sie im Osten fast dieselbe Größenordnung wie für den Kauf von Nahrungs- und Genussmitteln.¹⁸ Den größten Ausgabenblock bildet der Komplex Wohnen, Energie und Wohnungsinstandsetzung, auf den zuletzt rund ein Drittel aller Ausgaben entfiel. Insgesamt deuten die Daten aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen für die Jahre nach 2000 auf eine relative Stabilität der Konsumstruktur der ostdeutschen Haushalte hin.

Abbildung 6:
Veränderung der monatlichen Pkw-Neuzulassungen in Ost- und in Westdeutschland^a
- Veränderung gegenüber Vorjahresmonat in % -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland einschließlich Berlin.

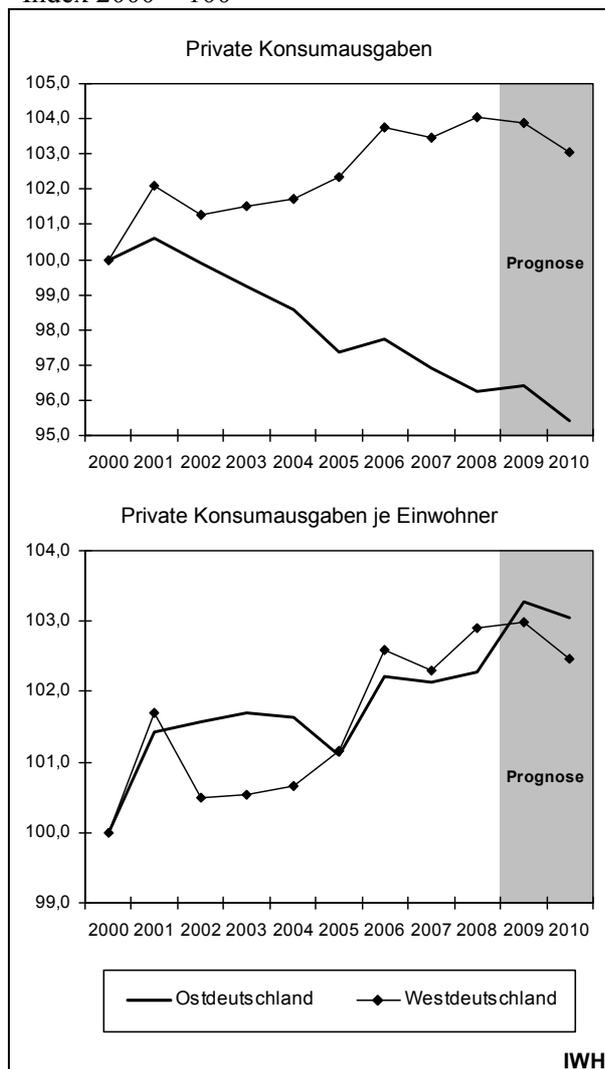
Quellen: Statistik des KBA, Berechnungen des IWH.

Der von der Abwrackprämie ausgelöste Kaufschub von Personenkraftwagen dürfte die Ausgabenstrukturen zugunsten des Komplexes Verkehr verschoben haben, allerdings nur vorübergehend. Ein Großteil der Käufe war wohl vorgezogen, sodass mit dem Auslaufen der Kaufsubvention das Anschaffungsverhalten nachlässt. Erst nach einer gewissen Zeit dürfte sich die Konsumstruktur wieder „normalisieren“.

¹⁷ Derzeit liegen noch keine regionalen Daten für den privaten Konsum vor.

¹⁸ Neuere Daten liegen bislang vom Statistischen Bundesamt noch nicht vor.

Abbildung 7:
Entwicklung der realen privaten Konsumausgaben^a
- Index 2000 = 100 -



^a Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: Mai 2010); Statistisches Bundesamt; 2009 und 2010: Schätzung und Prognose des IWH.

Im Jahr 2010 wird sich diese Entwicklung jedoch wieder umkehren. Ein ähnlicher Impuls zur Anschaffung größerer Konsumgüter (wie der Pkw-Käufe im vergangenen Jahr) ist derzeit nicht absehbar. Vielmehr dürfte ein großer Teil der im letzten Jahr realisierten Neuwagenkäufe vorgezogen gewesen sein. Auch dürfte die Unsicherheit aufgrund der derzeit akuten Vertrauenskrise in Europa sowie der Sparbemühungen in der Bundesregierung die Konsumfreude der privaten Haushalte trüben. Das Motiv des Vorsichtssparens tritt daher wieder stärker in den Vordergrund.

Der Konsumdeflator, der in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Preisentwicklung für

Tabelle 14:
Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten
in ausgewählten Wirtschaftsbereichen^a
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	2006	2007	2008	2009
Verarbeitendes Gewerbe				
Bruttowertschöpfung ^b	9,9	5,9	1,9	-15,0
Beschäftigung	1,0	3,6	3,1	-2,1
Arbeitsvolumen	0,7	3,0	2,1	-8,7
Produktivität ^c	9,1	2,8	-0,2	-6,8
Arbeitskosten ^d	3,5	1,9	2,7	4,3
Lohnstückkosten ^e	-5,1	-0,8	2,8	12,0
Baugewerbe				
Bruttowertschöpfung ^b	-1,6	1,5	0,4	-1,1
Beschäftigung	-0,8	0,9	-2,0	0,2
Arbeitsvolumen	0,8	0,8	-1,7	-1,1
Produktivität ^c	-2,4	0,8	2,2	0,1
Arbeitskosten ^d	0,2	3,0	1,4	2,6
Lohnstückkosten ^e	2,6	2,2	-0,7	2,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr				
Bruttowertschöpfung ^b	2,8	-0,2	2,0	-3,6
Beschäftigung	-0,2	1,5	0,3	-0,1
Arbeitsvolumen	-1,2	0,6	0	-2,1
Produktivität ^c	4,1	-0,8	2,0	-1,5
Arbeitskosten ^d	3,1	1,8	2,6	3,6
Lohnstückkosten ^e	-0,9	2,6	0,7	5,2
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister				
Bruttowertschöpfung ^b	4,4	4,4	0,7	-2,2
Beschäftigung	4,7	4,5	2,0	-1,6
Arbeitsvolumen	4,5	4,1	2,0	-3,5
Produktivität ^c	0	0,3	-1,3	1,4
Arbeitskosten ^d	-1,9	2,0	2,8	3,8
Lohnstückkosten ^e	-1,9	1,7	4,1	2,4
Unternehmen insgesamt^f				
Bruttowertschöpfung ^b	4,3	3,1	1,1	-5,8
Beschäftigung	0,9	2,5	1,0	-0,9
Arbeitsvolumen	0,5	1,9	0,7	-3,9
Produktivität ^c	3,7	1,2	0,4	-2,0
Arbeitskosten ^d	2,0	2,1	2,7	3,6
Lohnstückkosten ^e	-1,6	0,9	2,3	5,6

^a Neue Bundesländer ohne Berlin. – ^b Reale Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet, Basis = 2000). – ^c Reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde. – ^d Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (Inland). – ^e Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde. – ^f Ohne private Dienstleister.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: März 2010); Berechnungen des IWH.

Tabelle 15:
 Tariforientierung in den Betrieben Ost- und Westdeutschlands^a im Jahr 2009
 - Anteil der Betriebe in % -

	Branchentarifvertrag		Haustarifvertrag		Vergleichbare tarifliche Entlohnung		Ohne Orientierung	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	9	41	2	1	27	22	62	36
Bergbau/Energie/Wasser/Abfall	27	60	11	6	23	16	39	18
Verarbeitendes Gewerbe	15	38	5	3	34	28	46	31
Ernährungsgewerbe	25	55	3	7	36	16	36	22
Verbrauchsgüter	8	44	4	1	28	29	60	26
Vorleistungsgüter	21	28	6	5	31	38	42	29
Investitions-/Gebrauchsgüter	11	32	5	3	38	31	46	34
Baugewerbe	38	61	3	3	31	16	28	20
Handel/Kfz-Reparatur	14	34	4	3	31	28	51	35
Verkehr/Lagererei	14	25	4	4	36	29	46	42
Information/Kommunikation	12	10	3	3	17	30	68	57
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	26	39	1	3	24	23	49	35
Wirtschaftliche, wissenschaftliche und freiberufliche Dienstleistungen	14	18	3	2	25	26	58	54
Sonstige Dienstleistungen	16	37	4	4	35	24	45	35
Organisationen ohne Erwerbscharakter	22	38	10	9	25	19	43	34
Insgesamt 2009	19	35	4	3	30	25	47	37
<i>Nachrichtlich 2008</i>	21	34	4	3	29	26	46	37

^a Ostdeutschland hier mit Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quellen: IAB-Betriebspanel 2009; Berechnungen des IWH.

die privaten Haushalte beschreibt, wird in diesem Jahr wesentlich ansteigen. Dies ist insbesondere auf statistische Sondereffekte im Zusammenhang mit der Finanzkrise zurückzuführen.¹⁹ Die tatsächliche Preisentwicklung, die von Bedeutung für die Kaufentscheidungen der privaten Haushalte ist, fällt deutlich schwächer aus.

Wenngleich der private Konsum in Ostdeutschland insgesamt seit Jahren sinkt (vgl. Abbildung 7), so ist dies primär der rückläufigen Bevölkerungszahl zuzurechnen. Rechnet man diesen Effekt heraus, so zeigt sich, dass die privaten Konsumausgaben je Einwohner in gleichem Maße wie in Westdeutschland steigen.

Die Prognose der Einkommen und des Konsums der privaten Haushalte basiert letztlich auf

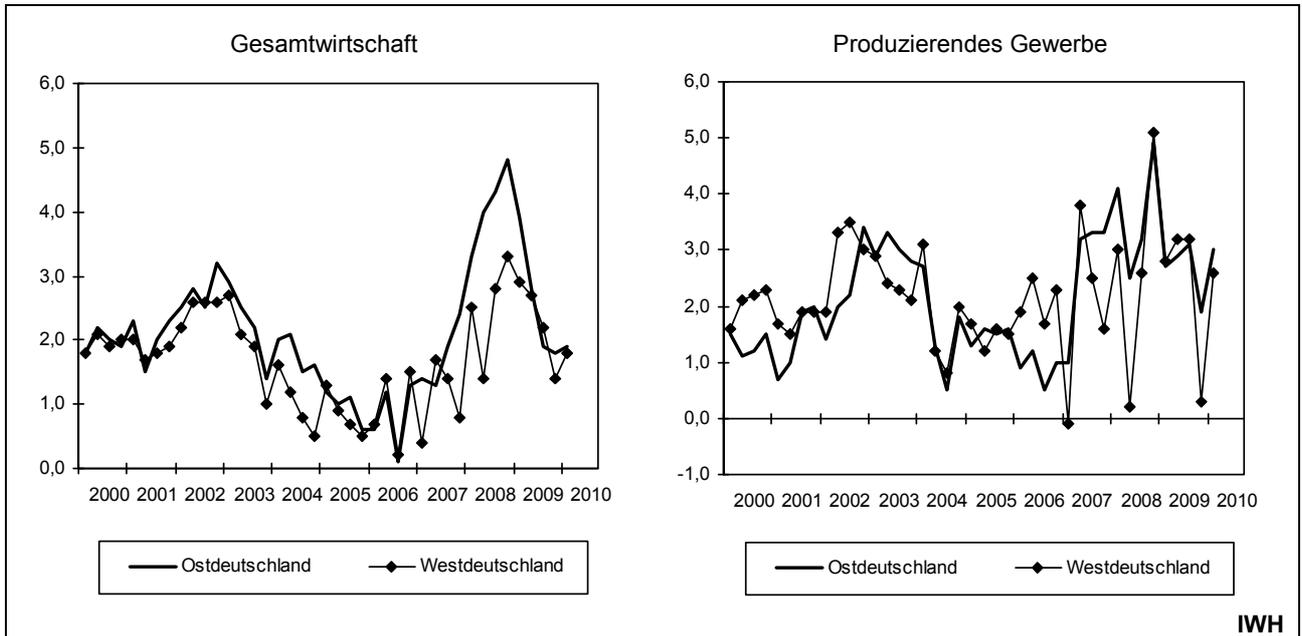
¹⁹ Die in den Finanzdienstleistungen (FISIM) enthaltene Wertschöpfung wird in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung anhand eines Modells bestimmt, da eine direkte Erhebung nicht möglich ist. Aufgrund der Finanzkrise kommt es derzeit zu extrem starken Verzerrungen, die letztlich dazu führen, dass die (fiktiven) Preise im Modell extrem gestiegen sind. Dies wirkt sich auch auf den ostdeutschen Konsumdeflator aus, wenngleich aufgrund der geringeren Nachfrage nach Bankdienstleistungen weniger als in Westdeutschland.

der Annahme, dass sich die Finanzkrise nicht noch einmal zuspitzt und sich die wirtschaftliche Situation langsam normalisiert. Anderenfalls könnte es je nach den erforderlichen Anpassungsprozessen zu einschneidenden Auswirkungen auf die Einkommenssituation der privaten Haushalte und damit auch auf das Konsumverhalten kommen.

Entwicklungen im Unternehmenssektor

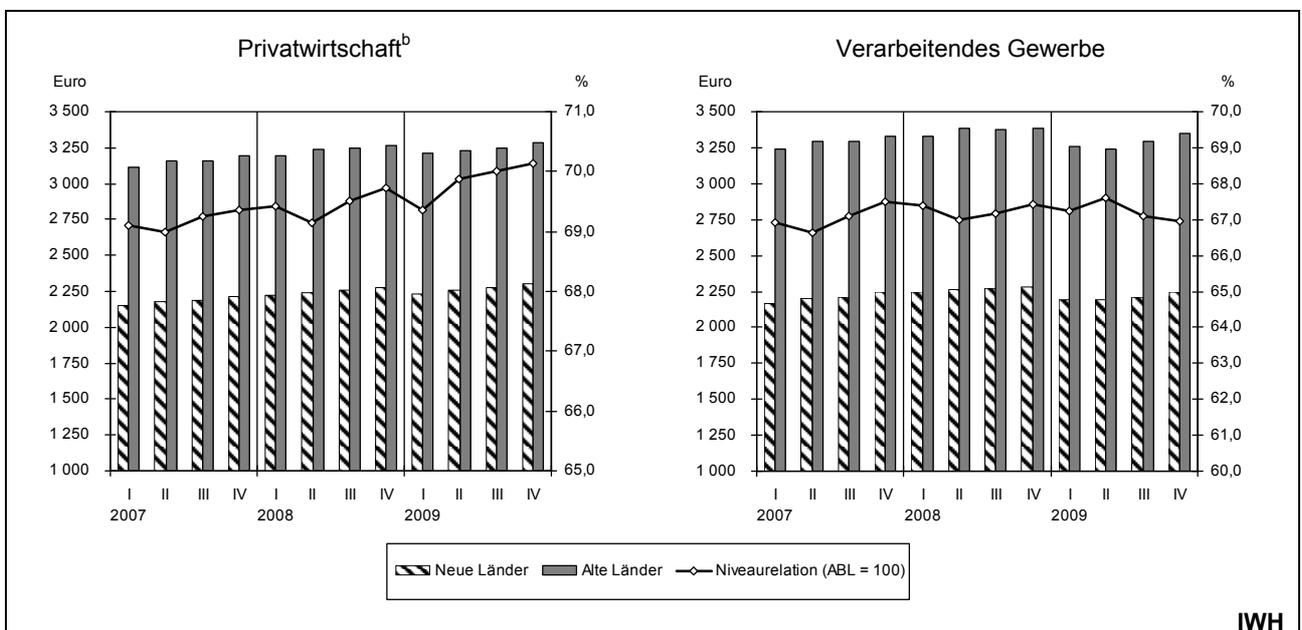
Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat vor allem den Unternehmenssektor getroffen. Auf den Nachfrageeinbruch haben die ostdeutschen Unternehmen im Jahr 2009 mit Produktionskürzungen und Anpassungen sowohl der Beschäftigtenanzahl als auch der Dauer der Arbeitszeit reagiert. Ihre Wertschöpfung hat sich um 5,8% und damit deutlich stärker als in der Gesamtwirtschaft (-3,5%) verringert (vgl. Tabelle 14). Demgegenüber fiel der Abbau der Beschäftigtenanzahl um 0,9% vor allem dank großzügiger staatlicher Regelungen zur Inanspruchnahme von Kurzarbeit sehr niedrig aus. Die eigentliche Anpassung erfolgte durch die Kürzung der Arbeitszeit um 3,9%. Damit hat die Produktivität je Arbeitsstunde im Durchschnitt um 2% abge-

Abbildung 8:
 Tariflohnentwicklung auf Stundenbasis in der Gesamtwirtschaft und dem Produzierenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands
 - Veränderung gegenüber Vorjahresquartal, in % -



Quelle: Bundesbank.

Abbildung 9:
 Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in Ost- und Westdeutschland^a
 - in Euro -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland einschließlich Berlin. – ^b Produzierendes Gewerbe, marktbestimmte Dienstleistungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

nommen. Der Produktivitätsabstand gegenüber dem Westen verringerte sich auf ein Viertel, vor allem

da dort der Rückgang schärfer ausfiel (vgl. Tabelle A5 im Anhang).

Mit dem Produktivitätsrückgang stiegen die Arbeitskosten je Stunde, und dies im Krisenjahr mit 3,6% im ostdeutschen Unternehmenssektor beschleunigt. Dabei spielten die Löhne eine Rolle, die im Aufschwung im Zusammenhang mit der Bildung von Arbeitszeitkonten angesammelt und erst in der Krise mit dem Abbau der Stundenguthaben ausgezahlt wurden. Dies zog im Jahr 2009 einen beschleunigten Anstieg der Lohnstückkosten mit 5,6% nach sich. Der Zuwachs fiel aber etwas schwächer als im Westen aus, sodass die ostdeutschen Unternehmen ihre Position im Kostenwettbewerb weiter verbessern konnten. Der Vorsprung des Ostens belief sich im Jahr 2009 auf 8,5%.

Angleichung der Tariflöhne verlangsamt sich

Der Anstieg der Arbeitskosten beruhte im Jahr 2009 nicht allein auf den Belastungen der Unternehmen, die sich aus der „Hortung“ der Arbeitskräfte ergaben, sondern auch auf Steigerungen der Tariflöhne, auch wenn die Tarifparteien auf die Verschlechterung der Wirtschaftslage reagiert hatten.

So ist die Tariflohnentwicklung im Produzierenden Gewerbe Ostdeutschlands kontinuierlicher als im Westteil des Landes verlaufen (vgl. Abbildung 8). Dies war Resultat der weiteren langsamen Angleichung der Tarifgehälter an das Westniveau als auch die Reaktion auf die in den Jahren 2007 und 2008 vereinbarten Einmalzahlungen im westdeutschen Produzierenden Gewerbe. Auch verlangsamte sich zuletzt das Tempo der Angleichung der ostdeutschen Tariflöhne an das Westniveau. Dies ist primär der sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland derzeit zu beobachtenden Zurückhaltung bezüglich der Höhe der Tarifabschlüsse geschuldet.

Die effektiv gezahlten Löhne und Gehälter von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern in der ostdeutschen Privatwirtschaft stiegen nach dem krisenbedingten Einbruch zu Beginn des Jahres 2009 (Kurzarbeitseffekt) schneller als in Westdeutschland. Dies führte zu einer weiteren leichten Verdienstangleichung im Verlauf des Jahres.

Betrachtet man jedoch nur die Vollzeitbeschäftigten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe, das der Krise am stärksten ausgesetzt war, so zeigt sich ein anderes Bild. War unmittelbar in der Krise im ersten Halbjahr 2009 die Verdienstsituation im Vergleich zu Westdeutschland noch relativ stabil, so stieg für die ostdeutschen Beschäftigten mit der langsamen Erholung im zweiten Halbjahr der Lohn- und Gehaltsunterschied wieder (vgl. Abbildung 9). Dies lässt sich auf den stärkeren Anstieg

der Verdienste in Westdeutschland durch die Rückführung der Kurzarbeit der Vollzeitbeschäftigten sowie auf den Abbau von schlechter bezahlten Leiharbeitsplätzen zurückführen.

Außerdem beschäftigt eine Vielzahl von Betrieben in Ostdeutschland Arbeitnehmer weiterhin ohne Tarifvertrag. Die Tariffucht ist im ostdeutschen Unternehmenssektor nach wie vor stärker ausgeprägt als im westdeutschen und hat sich im Krisenjahr 2009 geringfügig erhöht (vgl. Tabelle 15). Nur reichlich die Hälfte der Betriebe im Osten entlohnt nach einem Branchentarifvertrag oder orientiert sich zumindest an einem Flächen- oder Haustarifvertrag. Besonders hoch ist die fehlende Orientierung an einem Tarifvertrag in Ost- wie Westdeutschland im Dienstleistungssektor und dort unter den Anbietern von Informations- und Kommunikationsdiensten sowie von wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und freiberuflichen Dienstleistungen. Auffällig ist der große Ost-West-Abstand im Verarbeitenden Gewerbe, der seine Wurzeln in der verfehlten Politik der schnellen Lohnangleichung Anfang der 1990er Jahre hat. Die Hersteller industrieller Güter in Ostdeutschland erzielen in großer Zahl ihren Arbeitskostenvorteil durch Lohnzahlungen ohne Orientierung an Tarifverträgen.

Insgesamt blieb der Arbeitskostenvorteil im Unternehmenssektor Ostdeutschlands trotz gesünder Produktivität und gestiegener Arbeitskosten auch 2009 bestehen. Je Arbeitsstunde fielen in den Unternehmen fast ein Drittel geringere Lohn- und Lohnnebenkosten als im Westen an (vgl. Tabelle A5 im Anhang).

Industrie holt nach herbem Rückschlag in der Krise langsam auf

In der Wirtschafts- und Finanzkrise hat das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe seine Wachstumsführerschaft verloren. Die Industrieproduktion stürzte mit -10,5% im Durchschnitt des Jahres 2009 regelrecht ab, allerdings deutlich weniger als in den Alten Bundesländern (-18,8%). Dabei wurde das der Krise am heftigsten ausgesetzte Investitionsgütergewerbe in Ost- und in Westdeutschland ähnlich stark getroffen. Hier waren Produktionsrückgänge von 19% bzw. 22% zu verkraften (vgl. Tabelle 16). Dagegen fuhren die Erzeuger von Vorleistungsgütern aus den Neuen Bundesländern ihre Produktion „nur“ um knapp 12% zurück (Alte Bundesländer: -20,9%). Die ostdeutschen Hersteller von Konsumgütern konnten ihren Ausstoß sogar geringfügig erhöhen. Insbesondere das Ernäh-

rungsgewerbe profitierte von der Stabilität des privaten Konsums. Insgesamt wurde die ostdeutsche Industrie durch die Krise auf den Produktionsstand von 2006 zurückgeworfen.

Anders als für die Industrieunternehmen in Westdeutschland, die fast durchweg am stärksten unter der konjunkturellen Schwäche im Ausland litten, war für die Stärke des Rückschlags in Ostdeutschland in einigen strukturbestimmenden Branchen der Nachfrageeinbruch in Deutschland ausschlaggebend, so im Maschinenbau, bei der Herstellung elektrischer Ausrüstungen, in der chemischen Industrie und im Nahrungsgütergewerbe. Mit der Ausrichtung auf den Inlandsmarkt (vgl. Tabelle 17) konnte damit der Kriseneinbruch in den Neuen Bundesländern nicht vermieden werden, da die Übertragung konjunktureller Schocks infolge der überregionalen Produktionsverflechtungen über die innerdeutschen Grenzen wirkte.

Tabelle 16:
Entwicklung der Produktion in der ostdeutschen Industrie^a

- Veränderung des Produktionsindex gegenüber Vorjahr in %; Index 2005 = 100 -

	2008	2009	ABL 2009
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	0,6	-10,5	-18,8
Vorleistungsgüter	1,5	-11,8	-20,9
Investitionsgüter	5,0	-19,0	-22,1
Konsumgüter	-5,3	0,7	-6,1
Ausgewählte Branchen (WZ 2008)			
28 Maschinenbau	4,0	-31,6	-25,4
27 Herst. elektrischer Ausrüstungen	2,2	-19,4	-32,5
13 Textilindustrie	-3,1	-17,0	-19,4
29 Kraftfahrzeugbau	-2,5	-14,7	-22,2
24, 25 Metallindustrie	3,8	-13,8	-25,7
20 Chemische Industrie	-0,5	-11,6	-14,8
22 Gummi-, Kunststoffindustrie	3,4	-9,4	-12,0
08 Gewinnung von Steinen u. Erden	3,8	-6,8	-1,6
23 Glas, Keramik, Verarb. Steine/Erden	-3,0	-5,5	-10,2
10, 11 Ernährungsgewerbe	-4,0	-0,5	-2,4
19 Mineralölindustrie	-8,8	11,6	-11,5
18 Druckereien, etc.	2,4	21,7	-7,1

^a Ostdeutschland einschließlich Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Inzwischen hat die ostdeutsche Industrie das Konjunkturtal verlassen. Seit Mitte 2009 steigt die Produktion insgesamt, obgleich die Wende noch nicht in allen Herstellergruppen geschafft wurde. Im Investitionsgüterbereich setzte sich der Ab-

wärtstrend im gesamten Jahr noch fort, während die Verbrauchsgüterproduzenten bereits Mitte 2008 auf Wachstum eingeschwenkt waren. Der Höhepunkt der Produktion vor der Krise wurde allerdings Ende 2009 in allen diesen Bereichen noch deutlich verfehlt (vgl. Übersicht 1 im Anhang).

Tabelle 17:
Umsatz der ostdeutschen^a Industrie^b nach Absatzrichtungen

	2007	2008	2009
	<i>in Mio. Euro</i>		
Inland	111 877	112 919	98 399
Ausland	48 256	48 682	39 198
Gesamt	160 133	161 601	137 597
	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>		
Inland	9,4	4,7	-12,9
Ausland	15,7	2,1	-19,5
Gesamt	11,2	3,9	-14,9

^a Neue Bundesländer ohne Berlin. – ^b Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe. – Anmerkung: Im Jahr 2009 wurde die Klassifikation der Wirtschaftszweige auf die WZ 2008 umgestellt. Die Angaben für 2007 sind nach der alten WZ 2003, die für 2008 und 2009 nach der neuen WZ 2008 ausgewiesen. Die Veränderungsdaten für 2007 und 2008 beziehen sich entsprechend auf die WZ 2003, die für 2009 auf die WZ 2008.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

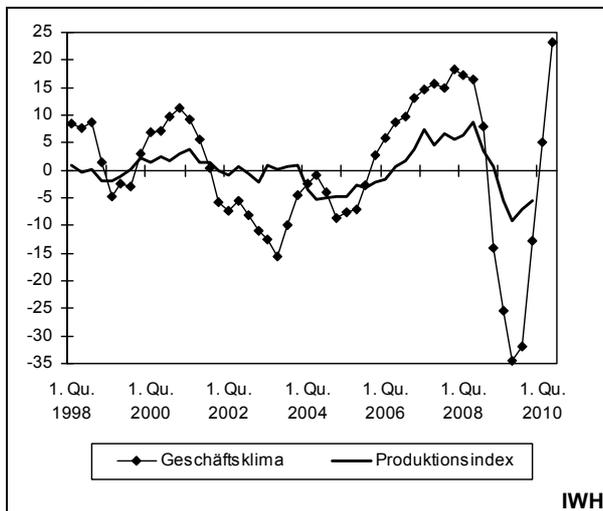
Dem wieder einsetzenden Wachstum der Industrieproduktion war ein Anstieg der Nachfrage zunächst aus dem Ausland, ab Mitte 2009 auch aus dem Inland vorausgegangen, der bis zum aktuellen Datenstand anhielt (vgl. Übersicht 2 und 3 im Anhang). Während das Volumen der Auftragseingänge aus dem Ausland im Vorleistungs- und im Investitionsgütergewerbe vom Höhepunkt vor der Krise noch weit entfernt ist, hat es ihn im Gebrauchs- und im Verbrauchsgütergewerbe bereits deutlich überschritten. Dagegen hat die für die ostdeutsche Industrie bedeutsamere Nachfrage aus dem Inland, insbesondere im Vorleistungsgüterbereich, den Höhepunkt vor der Krise erreicht. Die Hersteller von Investitions- und von Verbrauchsgütern sind davon noch weit entfernt. Für die Fortsetzung des Aufwärtstrends in diesem Jahr in der Industrie insgesamt sprechen auch die Unternehmensumfragen zum Geschäftsklima (vgl. Abbildung 10).

Die Krise hatte einschneidende Folgen für Kosten und Produktivität in der Industrie. Die Unternehmen reagierten im Jahr 2009 auf den Produk-

tionseinbruch mit der Verringerung des Beschäftigungsstandes. Verglichen mit dem Rückgang der Wertschöpfung um 15% fiel der Personalabbau mit 2% aber deutlich geringer aus (vgl. Tabelle 14, Verarbeitendes Gewerbe). Auf 1 000 Einwohner kamen noch 70 Industriebeschäftigte.

Das entsprach 73,5% des Standes in Westdeutschland. Rein rechnerisch bedeutet die zurückhaltende Anpassung des Personalstandes an das gesunkene Produktionsniveau einen Produktivitätsverlust von 13% je Beschäftigten. Diese Relation verzerrt jedoch die tatsächlichen Verhältnisse, da die Unternehmen ihren Beschäftigungsstand vor allem dank der großzügigen Regelungen zur Kurzarbeit hoch halten konnten. Bezogen auf die geleisteten Arbeitsstunden sank die Produktivität „nur“ um 6,8%. Mit dem Rückgang der Beschäftigtenanzahl und der Arbeitsstunden sind die Arbeitskosten je Stunde jedoch nicht gesunken, sondern haben sich mit 4,3% beschleunigt erhöht. Der Anstieg wird jedoch überzeichnet, da in ihm Löhne und Gehälter enthalten sind, die im Aufschwung im Zusammenhang mit der Bildung von Arbeitszeitkonten gestundet worden sind und in der Krise mit dem Abbau der Stundenguthaben zur Auszah-

Abbildung 10:
Geschäftsklima und Produktion^a im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- Abweichung vom Trend in % -



^a Das Geschäftsklima entspricht dem geometrischen Mittel aus den Meldungen der vom IWH befragten Unternehmen zu Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese Komponenten werden als Saldo aus den Prozentanteilen der positiven und negativen Urteile der Unternehmen quantifiziert. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes verwendet, der vom Statistischen Bundesamt vierteljährlich veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

lung kamen. Eine Arbeitsstunde kostete den Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland aber nach wie vor rund ein Drittel weniger Lohn- und Lohnnebenkosten als im Westen. Für die Lohnstückkosten bedeutete der Anstieg der Arbeitskosten bei sinkender Arbeitsproduktivität einen regelrechten Schub von 12%. Bei dem steileren Absturz der Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe Westdeutschlands und etwa gleichgroßer Zunahme der Arbeitskosten hat sich im Krisenjahr 2009 der Kostenvorteil der ostdeutschen Anbieter gegenüber dem westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe auf rund 15% vergrößert (vgl. Tabelle A5 im Anhang).

Gegenüber den Anbietern industrieller Produkte aus Mitteleuropa verlief die Kostenentwicklung in den Jahren vor Ausbruch der Krise dagegen sehr differenziert. Mit Ausnahme von Polen und Ungarn waren dort die Lohnstückkosten dank einer schnelleren Steigerung der Arbeitsproduktivität gegenüber den Arbeitskosten ein weiteres Mal gesunken.

Vor allem in Polen, aber auch in Ungarn kehrten sich die Wachstumsrelationen zwischen diesen beiden Indikatoren im Jahr 2007 – aktuellere Angaben liegen nicht vor – um. Trotz der Verringerung übertrafen die Lohnstückkosten in Slowenien, Rumänien und der Tschechischen Republik den Stand im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe weiterhin (vgl. Tabelle A4 im Anhang).

Bauproduktion zieht leicht an

Das ostdeutsche Baugewerbe hat das Krisenjahr 2009 glimpflich überstanden. Der Produktionsrückgang fiel gegenüber der krisengeschüttelten Industrie, aber auch anderer großer Wirtschaftsbereiche deutlich geringer aus. Stützend wirkten noch vorhandene Auftragsbestände und die Konjunkturpakete der Bundesregierung. Zwar ist es bei gleichbleibender Beschäftigung wie in den anderen Bereichen zu einem Rückgang der Pro-Kopf-Produktivität gekommen. Auf Stundenbasis stagnierte die Produktivität aber, da das Arbeitsvolumen ähnlich stark fiel wie die Wertschöpfung. Die Arbeitskosten nahmen nur mäßig zu. Die Lohnstückkosten übertrafen somit zwar ihren Stand vom Vorjahr, der Anstieg fiel aber im Vergleich der Wirtschaftszweige eher unterproportional aus (vgl. Tabelle 14, Baugewerbe).

Kasten:

Zur aktuellen Datenlage für Konjunkturanalysen der ostdeutschen Industrie

Die zeitnahe Analyse der konjunkturellen Entwicklung der ostdeutschen Industrie in den Krisenjahren 2008/2009 wird durch mehrere Veränderungen in der amtlichen Datenerfassung erschwert. Ab dem Jahr 2007 wurde der Berichtskreis für die Meldung der monatlichen Umsätze, Beschäftigung und Arbeitnehmerentgelte auf die Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten (davor 20) eingengt, im Jahr 2009 erfolgte die Umstellung auf eine neue Wirtschaftszweigklassifikation. Bereits seit 2005 werden vom Statistischen Bundesamt monatliche Angaben zu diesen Konjunkturindikatoren zeitnah nur für das ostdeutsche Wirtschaftsgebiet einschließlich Berlin veröffentlicht. Allerdings gibt es für die ostdeutschen Industriebetriebe (ohne Berlin) mit mindestens 20 Beschäftigten Jahreswerte, die aufgrund der kleinteiligen Struktur der Wirtschaft die tatsächliche Aktivität in der Transformationsökonomie Ostdeutschland am adäquatesten widerspiegeln. Sie stehen aber erst nach Ablauf eines Kalenderjahres zur Verfügung.

Tabelle:

Betriebszahlen und Umsatz der ostdeutschen Industrie nach verschiedenen statistischen und geographischen Abgrenzungen

A: Regionale Abgrenzung im Vergleich

Ostdeutschland einschl. Berlin: Betriebe mit mind. 20 Beschäftigten, WZ 2003

	Ostdeutschland ohne Berlin = 100				Veränderung gegenüber Vorjahr in %					
					Ostdeutschland mit Berlin			Ostdeutschland ohne Berlin		
	2006	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
Betriebe	110,2	110,0	109,6	-	0,6	2,6	-	0,7	3,0	-
Umsatz	121,5	119,8	116,9	-	9,7	1,4	-	11,2	3,9	-
Inland	120,9	118,9	114,7	-	7,7	1,0	-	9,4	4,7	-
Ausland	123,1	121,8	122,0	-	14,5	2,3	-	15,7	2,1	-

B: Betriebsgröße im Vergleich

Betriebe mit mind. 50 Beschäftigten: Ostdeutschland einschl. Berlin, WZ 2003

	Betriebe mit mind. 20 Beschäftigten = 100				Veränderung gegenüber Vorjahr in %					
					Mindestens 50 Beschäftigte			Mindestens 20 Beschäftigte		
	2006	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
Betriebe	42,7	43,2	43,6	-	1,6	3,7	-	0,6	2,6	-
Umsatz	89,2	89,7	89,1	-	10,3	0,7	-	9,7	1,4	-
Inland	86,5	87,1	86,2	-	8,3	-0,1	-	7,7	1,0	-
Ausland	95,7	95,8	95,8	-	14,6	2,3	-	14,5	2,3	-

C: Klassifikation im Vergleich

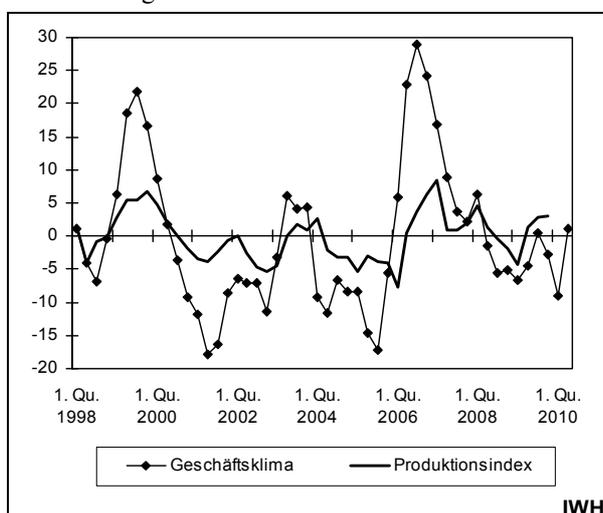
WZ 2008: Betriebe mit mind. 50 Beschäftigten, Ostdeutschland einschl. Berlin

	WZ 2003 = 100				Veränderung gegenüber Vorjahr in %					
					WZ 2008			WZ 2003		
	2006	2007	2008	2009	2007	2008	2009	2007	2008	2009
Betriebe	97,1	97,2	97,1	-	1,6	3,6	1,2	1,6	3,7	-
Umsatz	96,2	96,4	96,2	-	10,6	0,5	-14,2	10,3	0,7	-
Inland	94,8	95,1	94,8	-	8,7	-0,3	-12,8	8,3	-0,1	-
Ausland	99,3	99,2	99,0	-	14,4	2,1	-16,9	14,6	2,3	-

Inwieweit sind die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten monatlichen Angaben der industriellen Konjunkturindikatoren einschließlich Berlin geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung in der Transformationsökonomie Ostdeutschland annähernd widerzuspiegeln? Ein Blick auf die Industrieumsätze bis zum Jahr 2008 zeigt, dass die Umstellungen nicht nur deutlichen Einfluss auf das Niveau der Größen genommen haben, sondern auch auf die Veränderungsraten. Die Ausdehnung des Berichtskreises auf Berlin insgesamt hatte eine deutliche Anhebung der Umsatzgröße für die Vorkrisenjahre um ca. 20%, aber eine Verringerung ihrer Wachstumsrate, darunter vor allem des Inlandsumsatzes, zur Folge (Tabelle Teil A). Die Einschränkung des Berichtskreises auf Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten führte zu einer Absenkung des Umsatzniveaus um rund 10%, aber zu keiner eindeutigen Tendenz im Bereich der Veränderungsraten des Umsatzes insgesamt und des Inlandsumsatzes (Tabelle Teil B). Lediglich bei der Einführung der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige hielten sich die Änderungen für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt in engeren Grenzen (Tabelle Teil C).

Kumuliert man alle Veränderungen, so gleichen sie sich in der Größe des Gesamtumsatzes des Verarbeitenden Gewerbes zwar weitgehend aus, die für die Konjunkturanalyse wichtigen Veränderungsraten beispielsweise des Inlandsumsatzes variieren jedoch bis hin zu Vorzeichenwechseln. Lediglich die für den eingeschränkten Berichtskreis der Betriebe ab 50 Beschäftigte und das um Berlin erweiterte Wirtschaftsgebiet gemeldeten Auslandsumsätze kommen als Stellvertretergröße für die Analyse des Geschehens in den ostdeutschen Flächenländern in der Krise in Frage. Für den Inlandsumsatz (und damit auch den Gesamtumsatz) trifft dies nicht zu, da in diesem Markt die kleineren Betriebe aktiver als auf dem Auslandsmarkt sind und die Entwicklung in der Krise wohl anders verlief. Andere Quellen, wie das IAB-Betriebspanel, beziehen sich derzeit noch auf den Vorkrisenstand. Aus diesem Grunde kann bislang auch keine hinreichend verlässliche Differenzierung der Umsätze der ostdeutschen Industrie nach den Märkten in den Neuen und den Alten Bundesländern vorgenommen werden.

Abbildung 11:
Geschäftsklima und Produktion^a im ostdeutschen Baugewerbe
- Abweichung vom Trend in % -



^a Das Geschäftsklima entspricht dem geometrischen Mittel aus den Meldungen der vom IWH befragten Unternehmen zu Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese Komponenten werden als Saldo aus den Prozentanteilen der positiven und negativen Urteile der Unternehmen quantifiziert. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex verwendet, der vom Statistischen Bundesamt vierteljährlich für das Bauhauptgewerbe veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

Da für das westdeutsche Baugewerbe eine vergleichbare Konstellation hinsichtlich Produktivität und Arbeitskosten bestand und es in ähnlicher Weise agierte, hat sich im Jahr 2009 an den Ost-West-Relationen grundsätzlich nichts geändert. Das ostdeutsche Baugewerbe hat bei einer um ein Viertel niedrigeren Produktivität, aber nur um etwa ein Fünftel geringeren Arbeitskosten seine Nachteile im Kostenwettbewerb, wie Tabelle A5 im Anhang ausweist, nicht abgebaut.

Für das erste Quartal 2010 signalisieren die amtlich erhobenen Konjunkturdaten und die IWH-Baumfrage einen sehr kräftigen Produktionseinbruch, vor allem bedingt durch Ausfälle wegen des lang anhaltenden harten Winters. Laut IWH-Umfrage wurden diese aber in den Folgemonaten zügig nachgearbeitet (vgl. Abbildung 11). Zudem haben die Auftragseingänge und auch die Erwartungen der Unternehmen zuletzt wieder zugenommen. Die konjunkturstützenden Maßnahmen der öffentlichen Haushalte sind inzwischen in konkrete Projekte überführt worden und stärken somit die Bauproduktion, auch wenn es insbesondere in den Gemeinden mit finanzieller Notlage zu deutlichen Abstrichen bei den laufenden Bauplanungen gekommen ist. Eine Erholung von einem niedrigen Niveau aus deutet sich nach den amtlichen Auftragseingängen auch im Wohnungsbau und zuletzt

auch im Wirtschaftsbau an. Nach wie vor dürften die ostdeutschen Bauunternehmen auch von der Baunachfrage außerhalb der Neuen Bundesländern profitieren. Im Jahr 2008 realisierten sie laut IAB-Betriebspanel dort knapp 30% des Umsatzes. Der Hoch- und Tiefbau hat im statistisch zuletzt erfassten Jahr 2008 seine Marktposition in den Alten Bundesländern weiter ausdehnen können. Dagegen war das Ausbaugewerbe in den letzten Jahren bereits stark in den Alten Bundesländern präsent und hat nun seine Marktposition im Ausland ausgebaut (vgl. Tabelle 18). Alles in allem wird die Bauproduktion im Durchschnitt des Jahres aber nur geringfügig expandieren.

Tabelle 18:
Regionale Umsatzstruktur des Baugewerbes außerhalb der Neuen Bundesländer
- Anteil der Regionen am Umsatz in % -

	Baugewerbe		darunter			
	Ausland	ABL	Hoch- und Tiefbau		Ausbau	
			Ausland	ABL	Ausland	ABL
2000	0,9	13,2	1,1	12,5	0,6	14,2
2005	2,4	19,0	3,1	14,3	1,5	25,5
2008	4,3	24,8	1,7	25,4	6,4	24,3

Quellen: IAB-Betriebspanel 2001, 2006, 2009 (auf Grundgesamtheit hochgerechnet); Neue Bundesländer ohne Berlin; Berechnungen des IWH.

Unternehmensdienstleister wieder im Plus

Die Wirtschafts- und Finanzkrise haben auch die privaten Dienstleister in Ostdeutschland im vergangenen Jahr deutlich zu spüren bekommen. Insbesondere der im Verbund mit dem Verarbeitenden Gewerbe stehende Bereich Verkehr und Lagerei musste große Umsatzeinbrüche hinnehmen. Aber auch die Anbieter von Informations- und Kommunikationsdienstleistungen sowie von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen waren betroffen, doch weniger stark. Zur Jahresmitte 2009 liefen die Rückgänge aus. Der Personalbestand wurde nach Abbau in den Quartalen davor wieder aufgestockt. Im Jahr 2010 dürfte die Wertschöpfung im Verkehrs- und Nachrichtengewerbe um rund 2,5% steigen, im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen allerdings deutlich weniger stark. Hier bremsen die Finanzdienstleister.

Handel und Gastgewerbe litten im Krisenjahr 2009 unter der anhaltenden Konsumflaute. Daran dürfte sich auch in diesem Jahr wenig ändern.

Dagegen befinden sich die Gesundheits- und Pflegedienste weiter im Aufwind. Insgesamt dürfte die Wertschöpfung in den konsumnahen Bereichen in diesem Jahr infolge des rückläufigen privaten Konsums beeinträchtigt werden.

Insgesamt verringerte sich im vergangenen Jahr die Wertschöpfung im Dienstleistungssektor um 1,5%. Ausschlaggebend für den vergleichsweise schwachen Rückgang war die Stabilisierung im öffentlichen Sektor trotz anhaltender Konsolidierung im Personalbereich der öffentlichen Verwaltung und des Erziehungs- und Unterrichtswesens. In diesem Jahr bleibt die Entwicklung wieder hinter den privaten Dienstleistungen zurück.

Der Rückgang der Wertschöpfung im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr um 3,6% wurde im vergangenen Jahr im Schnitt ohne Personalanpassungen hingenommen. Die Zahl der Beschäftigten sank nur marginal. Allerdings wurde die Zahl der Arbeitsstunden um 2,1% zurückgefahren. Die Produktivität je Stunde ging im Durchschnitt um 1,5% zurück. Bei kräftig anziehenden Arbeitskosten erhöhten sich die Lohnstückkosten in diesem Bereich um 5,2% (vgl. Tabelle 14). Der Vorsprung gegenüber dem Westen wuchs in dem Bereich wieder etwas. Viel intensiver fiel die Beschäftigungsreaktion der Unternehmen im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister auf den Nachfrageeinbruch aus. Sie fuhren den Personalbestand um 1,6%, die Zahl der Arbeitsstunden sogar um 3,5% zurück, sodass die Produktivität je Stunde anstieg. Allerdings nahmen auch in diesem Bereich die Arbeitskosten zu. Die Lohnstückkosten erhöhten sich, aber deutlich schwächer als in den anderen privaten Dienstleistungsbereichen. Trotzdem ging der Lohnstückkostenvorteil gegenüber Anbietern aus dem Westen ein wenig zurück (vgl. Tabelle A5 im Anhang).

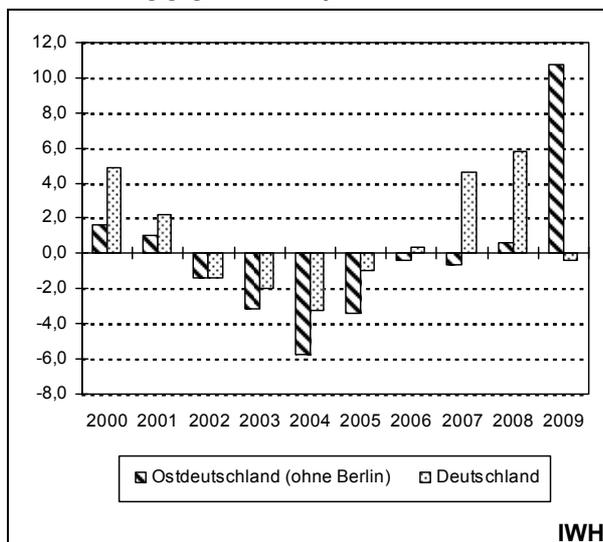
Finanzierungsaspekte

Ostdeutsche Wirtschaft attraktiver für private Banken

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hatte die Gefahr einer Unterversorgung des Wirtschaftskreislaufs mit liquiden Mitteln heraufbeschworen. Zur Vermeidung von Engpässen in der Kreditversorgung der Wirtschaft durch die Banken senkte die Europäische Zentralbank im Frühjahr 2009 den maßgeblichen Leitzins um einen Prozentpunkt und beließ ihn seit Mai 2009 bei 1%. Mit den begleitenden liquiditätspolitischen Maßnahmen war die

Geldpolitik der EZB seither insgesamt sehr expansiv ausgerichtet. Trotzdem sanken im Jahr 2009 die Kreditforderungen deutscher Banken an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen insgesamt um knapp 0,5%. In Ostdeutschland entwickelten sich die Kreditbestände jedoch deutlich anders; sie nahmen im Jahr 2009 um mehr als 10% zu (vgl. Abbildung 12). Im Vorjahr waren die Kredite in den Neuen Bundesländern (0,6%) noch weit schwächer als in Gesamtdeutschland (5,8%) gestiegen. Im Verlauf zeigt sich allerdings, dass die bereits im Jahr 2008 einsetzende Beschleunigung der Kreditexpansion im Osten im Vergleich zu Deutschland insgesamt auch im Jahr 2009 weitgehend anhielt.

Abbildung 12:
Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IWH.

Die geringere Kreditausweitung im Jahr 2008 bildet sich auch in Unternehmensumfragen ab. So klagten laut IAB-Betriebspanel im Jahr 2008 etwa 25% der befragten Unternehmen aus den Neuen Bundesländern über Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme bei Banken, während der entsprechende Anteil im alten Bundesgebiet bei 21% lag. In beiden Regionen verschärfen sich damit die Bedingungen der Fremdfinanzierung gegenüber dem Vorjahr erheblich, betrug doch die Anteile der von Schwierigkeiten berichtenden Unternehmen im Jahr 2007 nur 4% (NBL) bzw. 5% (ABL). Allerdings gab es Unterschiede hinsichtlich der Art der berichteten Schwierigkeiten. Während in

den Alten Bundesländern relativ mehr Unternehmen als in den Neuen Bundesländern Ablehnungen und Kürzungen der Volumina beantragter Kredite angaben, sahen letztere relativ größere Probleme bei der Bewilligung der beantragten Kreditlaufzeiten.

Die Kreditentwicklung in den Neuen Bundesländern wurde im Jahr 2009 getragen durch die recht kräftige Expansion der Kredite vor allem von privaten Banken, aber auch von Kreditgenossenschaften. So erhöhte sich der Marktanteil der Banken im Kreditgeschäft mit Unternehmen und wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen zwischen dem Vorkrisenjahr 2006 und dem Jahr 2009 von 42,2% auf 48,4%, während der Anteil der Kreditgenossenschaften nur leicht von 9,6% auf 10,0% stieg. Die Sparkassen verloren Marktanteile (von 28,5% auf 26,0%), obgleich auch sie ihr Kreditgeschäft ausweiteten. Diese Entwicklung mag auf den ersten Blick überraschen, dürften es doch insbesondere die Kreditbanken gewesen sein, die in den Sog der weltweiten Finanzkrise geraten waren. Für Deutschland insgesamt dürfte dieser Effekt auch dominieren; im Jahr 2009 sanken landesweit die Kreditforderungen der Kreditbanken, während Sparkassen und Kreditgenossenschaften ihre Forderungsbestände erhöhten. Die davon abweichende Lage in Ostdeutschland dürfte ihre Ursache in der Struktur der ansässigen Kreditnehmerschaft haben, die sich unter anderem durch eine geringere Exportorientierung und Größe auszeichnet. Diese Unternehmen wurden im Vergleich zu den großen, exportorientierten Firmen weniger stark von der Wirtschaftskrise erfasst und dürften die Kreditbanken dazu veranlasst haben, ihre Ausleihungen an sie zu Lasten der vor allem im Westen ansässigen großen Exportunternehmen auszuweiten.

Für die Unternehmen in Ostdeutschland bedeutete dies, dass es im Jahr 2009 nicht zu einer Kreditklemme kam. Es gibt aber Anzeichen, dass Banken in zunehmendem Maß ihre Kreditkunden nach deren Risiken differenzieren. Während Unternehmen mit hohen Risiken sehr große Probleme beim Zugang zu Bankkrediten haben, konnten Unternehmen mit geringen Risiken ihre Rückgänge in den Erträgen und Gewinnen, die für sich genommen eine Verschlechterung der Möglichkeiten zur Eigenfinanzierung begründen, durch eine verstärkte Kreditaufnahme ausgleichen.

Für das Jahr 2010 deuten sowohl der *Bank Lending Survey* der EZB als auch die auf Unterneh-

Tabelle 19:

Veränderung von Produktion, Beschäftigung und Arbeitsproduktivität in Ost- und Westdeutschland^a zwischen 2008 und 2009 nach Wirtschaftsbereichen

- Rate in % -

	Erwerbstätige (Inland)	Arbeitsvolumen	Jahresarbeitszeit ^b	Arbeitsproduktivität ^c	Bruttoinlands- produkt bzw. Bruttowert- schöpfung ^d
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
			(3) ≈ (2) – (1)		(5) ≈ (2) + (4)
Gesamtwirtschaft					
Ostdeutschland	-0,4	-2,7	-2,3	-0,9	-3,5
Westdeutschland	0,0	-2,8	-2,8	-2,4	-5,2
<i>darunter:</i>					
Verarbeitendes Gewerbe					
Ostdeutschland	-2,1	-8,7	-6,7	-6,8	-15,0
Westdeutschland	-2,8	-10,0	-7,3	-9,5	-18,6
Baugewerbe					
Ostdeutschland	0,2	-1,1	-1,3	0,1	-1,1
Westdeutschland	0,4	-1,3	-1,7	0,3	-1,1
Handel, Gastgewerbe, Verkehr					
Ostdeutschland	-0,1	-2,1	-2,0	-1,5	-3,6
Westdeutschland	0,4	-2,0	-2,4	-3,2	-5,2
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister					
Ostdeutschland	-1,6	-3,5	-1,9	1,4	-2,2
Westdeutschland	-1,2	-3,5	-2,3	2,0	-1,6
Öffentliche und private Dienstleister					
Ostdeutschland	0,6	-0,0	-0,6	0,5	0,5
Westdeutschland	2,3	1,3	-1,0	-0,2	1,0

^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin · ^b Geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen – ^c Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet) je geleistete Arbeitsstunde. – ^d preisbereinigt, verkettet (2000 = 100).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Veröffentlichung: März/Juni 2010).

mensbefragungen basierende ifo-Kredithürde auf eine leichte Entspannung der Kreditvergabebedingungen hin, sodass wohl mit keiner Kreditklemme zu rechnen sein dürfte. Allerdings steht dieser Schluss unter dem Vorbehalt, dass sich weder aus der Krise im Euroraum noch aus politischen Maßnahmen zur möglichen Beteiligung der Banken an den Kosten der vorangegangenen Finanz- und Wirtschaftskrise erhebliche Belastungen für die Banken in Deutschland ergeben.

Arbeitsmarkt

Leichte Besserung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt

Der ostdeutsche Arbeitsmarkt hat sich – gemessen an der Schwere des konjunkturellen Einbruchs – als bemerkenswert robust erwiesen. Bei einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 3,5% im Jahr 2009 nahm die Zahl der Erwerbs-

tätigen im Jahresdurchschnitt nur um 0,4% ab (vgl. Tabelle 19). Allerdings verlief die Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland ungünstiger als in den Alten Bundesländern. Dort blieb die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Diese Entwicklung hat überrascht, weil der Produktionsrückgang in Ostdeutschland im Schnitt nicht so stark ausfiel wie in den Alten Bundesländern.²⁰

Einen ersten Anhaltspunkt für die Aufklärung der unterschiedlichen Reaktion liefert die Betrachtung der Beschäftigung in den Hauptwirtschaftsbereichen (vgl. Tabelle 19): Im Verarbeitenden Ge-

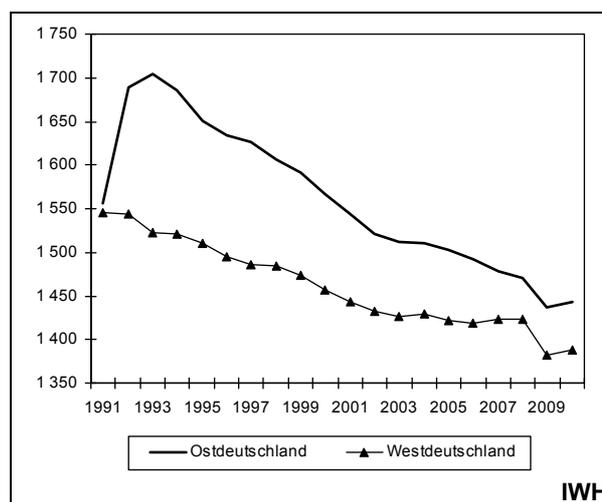
²⁰ In jüngsten Prognosen war davon ausgegangen worden, dass während der Krise der Produktionsrückgang in Ostdeutschland nicht so stark sein wird wie in den Alten Bundesländern, da das Gewicht der Exportwirtschaft und der Finanzindustrie geringer ist. Als Folge davon war für die Neuen Bundesländer auch ein geringerer Beschäftigungseinbruch prognostiziert worden als für Westdeutschland.

werbe Ostdeutschlands war mit 2,1% im Jahr 2009 weniger Personal gegenüber dem Vorjahr abgebaut worden als in Westdeutschland (-2,8%). Dies entsprach der Erwartung, dass sich infolge der stärkeren Binnenorientierung die ostdeutsche Industrie weniger „krisenanfällig“ erweist als ihr westdeutsches Pendant. Hingegen verlief die Beschäftigungsentwicklung in den Bereichen Handel, Verkehr, Nachrichtenübermittlung, bei den unternehmensnahen sowie bei den privaten und öffentlichen Dienstleistern in Ostdeutschland ungünstiger als in den Alten Bundesländern. Zu besonders kräftigen Beschäftigungsrückgängen kam es in den Bereichen Verkehr und Lagerei sowie Information und Kommunikation. Diametral verlief die Entwicklung im Bereich Erziehung und Unterricht: In Ostdeutschland nahm hier die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 3,5% ab, während sie in Westdeutschland um 6,4% stieg. Insgesamt konnte in Ostdeutschland der Beschäftigungsverlust im industriellen Bereich nicht – wie in den Alten Bundesländern – durch einen Beschäftigungsaufbau im tertiären Bereich kompensiert werden.

Der Beschäftigungsrückgang wäre stärker ausgefallen, wenn die Unternehmen auf den Nachfrageeinbruch nicht durch eine massive Verringerung der Arbeitszeit reagiert hätten (vgl. Abbildung 13). Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit in Ostdeutschland ging um 2,3% zurück und das geleistete Arbeitsvolumen schrumpfte um 2,7%.²¹ In Westdeutschland sank die Jahresarbeitszeit um 2,8% und damit mit der gleichen Veränderungsrate wie das geleistete Arbeitsvolumen. Mit anderen Worten: Der gesamte Rückgang der – in Arbeitsstunden gemessenen – Arbeitsnachfrage wurde in den Alten Bundesländern durch Arbeitszeitverkürzung kompensiert, sodass die gesamtwirtschaftliche Zahl der Beschäftigten unverändert blieb.²² Anders verhielt es sich in Ostdeutschland: Hier verringerte sich die – in Stunden gemessene – gesamtwirtschaftliche Arbeitsnachfrage zwar fast mit

der gleichen Veränderungsrate wie in Westdeutschland. Der Rückgang der Arbeitsnachfrage wurde aber nicht vollständig durch eine Reduzierung der Arbeitszeit ausgeglichen, sodass auch die Zahl der Erwerbstätigen abnahm.²³

Abbildung 13:
Entwicklung der Jahresarbeitszeit der Erwerbstätigen^a in Ost- und Westdeutschland^b
- in Stunden -



^a Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen. – ^b Ostdeutschland ohne Berlin; Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Verkürzung der Jahresarbeitszeit erfolgte vor allem über vier Wege:²⁴ *Erstens* wurden aufgelaufene Guthaben auf Arbeitszeitkonten abgebaut. Die Saldenveränderung auf den Arbeitszeitkonten betrug im Jahr 2009 in Ostdeutschland -10,6 Stunden je Arbeitnehmer und in Westdeutschland -8,5 Stunden (vgl. Tabelle 20). *Zweitens* nahm im Jahr 2009 die von den Arbeitnehmern in Ostdeutschland durchschnittlich geleistete Zahl der Überstunden um 20,4% gegenüber dem Vorjahr ab (Westdeutschland: 20,7%). *Drittens* wurde die vom Gesetzgeber erweiterten Kurzarbeiterregelungen sehr stark in Anspruch genommen. So befanden sich im Durchschnitt des Jahres 2009 152 000 Personen in Kurzarbeit.²⁵ Das waren 2,9% der so-

²¹ Seit 1994 nähert sich die Jahresarbeitszeit in Ostdeutschland tendenziell dem westdeutschen Wert an (vgl. Abbildung 13). Nur im Jahr 2009 und in zwei weiteren Jahren sank in Westdeutschland die Jahresarbeitszeit schneller als in den Neuen Bundesländern.

²² Näherungsweise ergibt sich die Veränderungsrate des Arbeitsvolumens (Westdeutschland: -2,8%) als Summe der Veränderungsrate der Zahl der Erwerbstätigen (Westdeutschland: 0,0%) und der Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen (Westdeutschland: -2,8%). Vgl. hierzu die Angaben in Tabelle 19.

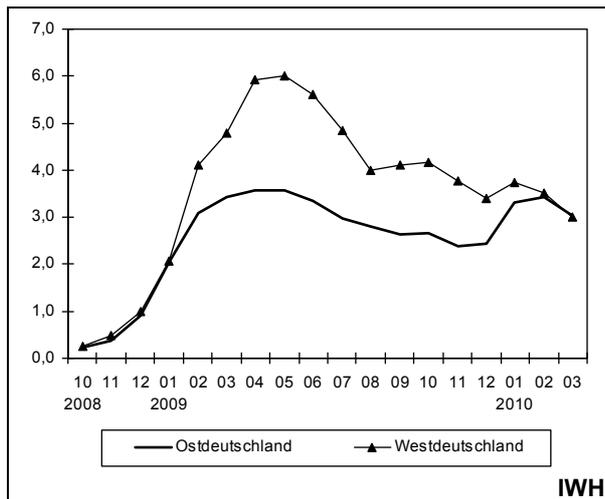
²³ Zur differenzierten Entwicklung nach Hauptbereichen vgl. Tabelle 19.

²⁴ Die Zahlenangaben beziehen sich, sofern auf Tabelle 20 zurückgegriffen wird, auf Ostdeutschland einschließlich Berlin.

²⁵ Bei einem durchschnittlichen Arbeitszeitausfall von etwa einem Drittel bewahrte das Kurzarbeitergeld etwa 50 000 Personen vor der Arbeitslosigkeit.

zialversicherungspflichtig Beschäftigten. Dieser Anteil lag beträchtlich unter dem westdeutschen Wert von 4,4% (vgl. Abbildung 14). Dies ist der entscheidende Faktor dafür, dass die Jahresarbeitszeit in Westdeutschland stärker gesunken ist als in Ostdeutschland.

Abbildung 14:
Entwicklung der Kurzarbeiterquote^a in Ost- und in Westdeutschland^b
- in % -



^a Anteil der Kurzarbeiter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. – ^b Ostdeutschland ohne Berlin; Westdeutschland mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Und *Viertens* nahm die Teilzeitquote – dies ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an der Zahl der Arbeitnehmer – weiter zu. Zu beobachten war ein besonders starker Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen, während die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitstellen erheblich stieg. So ging die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten im Durchschnitt der ersten drei Quartale des Jahres 2009 – neuere Daten liegen noch nicht vor – um 50 000 Personen gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück, während die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten um 39 000 Personen zunahm.²⁶ Insgesamt haben die Unternehmen durch diese Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung in Ostdeutschland den überwiegenden Teil ihres Fachkräftebestandes über die Krise „gerettet“. Ohne die

²⁶ In Westdeutschland stand in den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 einem Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigten um 100 000 Personen eine Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten sogar um 150 000 Personen gegenüber.

Verringerung der Jahresarbeitszeit wäre rechnerisch die Zahl der Erwerbstätigen um ca. 130 000 Personen zurückgegangen. Der Preis dieses „Hortens“ von Arbeitskräften bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung war ein kräftiger Rückgang der Arbeitsproduktivität und ein sprunghafter Anstieg der Lohnstückkosten.²⁷

In der zweiten Jahreshälfte 2009 kam der Beschäftigungsabbau in Ostdeutschland saisonbereinigt zum Stillstand. Im ersten Quartal dieses Jahres stieg die Zahl der Erwerbstätigen sogar um 0,1%. Die Kurzarbeiterquote betrug 3,3% (Westdeutschland: 3,4%). Beschäftigung wurde vor allem von den unternehmensnahen Dienstleistern und hier vor allem bei den – statistisch diesem Bereich zugeordneten – Unternehmen der Arbeitnehmerüberlassung aufgebaut. Auch im Gesundheit- und Sozialwesen nahm der Personalbestand weiter zu. Im Verarbeitenden Gewerbe und im Bereich Erziehung und Unterricht ging die Beschäftigung erneut kräftig zurück.

Tabelle 20:
Komponenten der Arbeitszeitflexibilisierung in Ost- und Westdeutschland^a

		NBL		ABL	
		2008	2009	2008	2009
Arbeitszeitkonteneffekt ^b	h	-0,2	-10,6	-1,0	-8,5
Überstunden ^c	h	27,4	21,8	40,6	32,2
Kurzarbeiter-effekt ^d	h	2,3	13,0	1,7	15,7
Teilzeitquote ^e	%	31,9	32,7	34,2	35,0
<i>Nachrichtlich:</i>					
Jahresarbeitszeit ^f	h	1 467,1	1 432,3	1 421,1	1 380,6

^a Ostdeutschland einschl. Berlin, Westdeutschland ohne Berlin. – ^b Saldenveränderung der Arbeitszeitkonten je Arbeitnehmer. – ^c Bezahlte Überstunde je Arbeitnehmer. – ^d Durchschnittlicher Arbeitsausfall durch Kurzarbeit je Arbeitnehmer. – ^e Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Arbeitnehmern. – ^f Geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen.

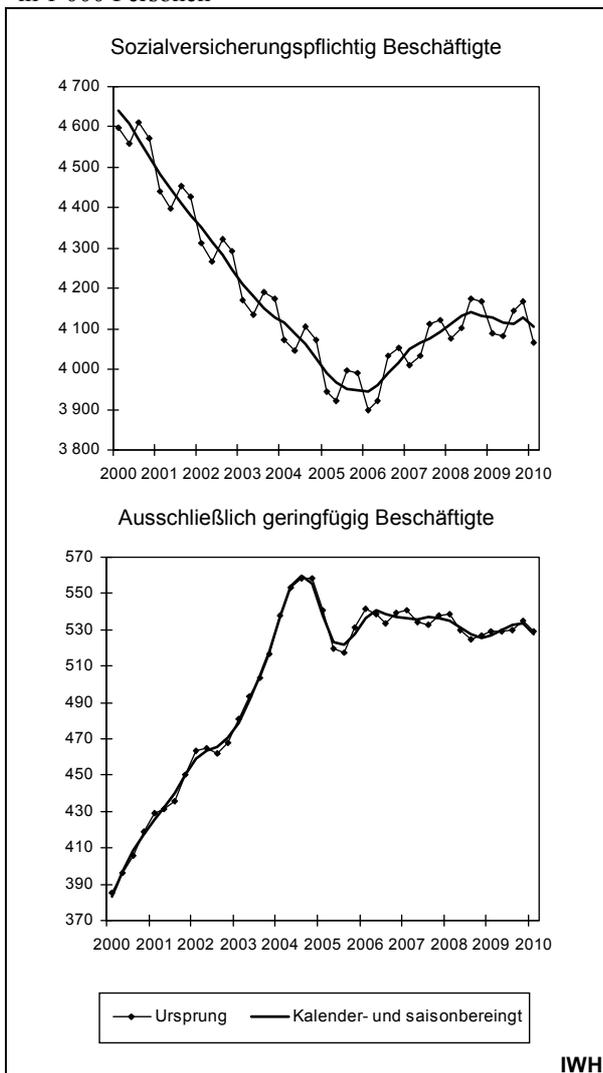
Quellen: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg; Darstellung des IWH.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nahm im Jahr 2009 um 24 000 Personen ab, obwohl die Zahl der Erwerbstätigen um 26 000 Personen gesunken ist. Dies ist in erster Linie dem Rückgang des ge-

²⁷ Vgl. hierzu Abschnitt „Entwicklung im Unternehmenssektor“.

samtwirtschaftlichen Arbeitsangebots geschuldet.²⁸ Zudem hat die Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente mit Wirkung zum 1. Januar 2009 Einfluss auf die Messung der registrierten Arbeitslosigkeit. Personen, für deren Vermittlung bisher Dritte beauftragt wurden, wurden während der Beauftragung weiter als arbeitslos registriert. Diese Regelung entfiel, sodass diese Personen nicht mehr im Bestand der registrierten Arbeitslosen sind.²⁹

Abbildung 15:
Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der ausschließlich geringfügig Beschäftigten in Ostdeutschland^a
- in 1 000 Personen -



^a Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

²⁸ Vgl. Abschnitt „Ausstattung mit Arbeit und Sachkapital“.

²⁹ Vgl. in diesem Zusammenhang den ausführlichen Methodenbericht: BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Nürnberg, Mai 2009.

Der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit hat sich im Jahr 2010 fortgesetzt. Im ersten Quartal nahm die Arbeitslosenzahl saisonbereinigt um 27 000 Personen bzw. 3,2% und im zweiten Quartal um 42 000 Personen bzw. 5,1% ab. Damit ging die Zahl der registrierten Arbeitslosen – verglichen mit der Beschäftigungsentwicklung – erneut überproportional zurück.

Auch die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots weist auf eine leichte Stabilisierung hin. Im ersten Quartal lag das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot in Ostdeutschland nur noch um 2,3% unter dem Vorjahreswert (Westdeutschland: -3,4%); im vierten Quartal waren es noch 7,0% (Westdeutschland: -15,0%).³⁰

In der zweiten Jahreshälfte wird sich die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt weiter stabilisieren (vgl. Abbildung 15). Der Personalbestand wird vor allem in einigen Teilbereichen der unternehmensnahen Dienstleister – und hier vor allem von den Unternehmen der Arbeitnehmerüberlassung – aufgestockt werden. Auch in einigen Bereichen der privaten und öffentlichen Dienstleister – wie beispielsweise im Bereich Gesundheits- und Sozialwesen – wird die Zahl der Beschäftigten zunehmen. Im Verarbeitenden Gewerbe und in einigen produktionsnahen Dienstleistungsbereichen wird hingegen weiter Beschäftigung abgebaut. Die Zahl der Kurzarbeiter wird im Jahresdurchschnitt nur noch rund 60 000 Personen betragen. Bei einem durchschnittlichen Arbeitsausfall von etwa einem Drittel sind dies 20 000 Vollzeitäquivalente. Insgesamt wird im Jahr 2010 die Zahl der Erwerbstätigen den Vorjahresstand aber um 6 000 Personen beziehungsweise um 0,1% unterschreiten.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird trotz des Beschäftigungsrückgangs sehr kräftig abnehmen. Zum einen verringert sich – wie bereits in den Jahren zuvor – wegen der demographischen Entwicklung und der Wanderungsverluste – das Arbeitsangebot (vgl. Tabelle 22).³¹ Zum anderen wird auch künftig die geänderte statistische Erfassung der Arbeitslosen, mit deren Vermittlung Dritte beauftragt werden, den statistischen Ausweis der offenen Arbeitslosigkeit dämpfen. Insgesamt dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen in diesem Jahr um 64 000 Personen gegenüber dem

³⁰ Vgl. IAB-Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots: Presseinformation des IAB vom 18.5.2010.

³¹ Vgl. FUCHS, J.; HUMMEL, M.; KLINGER, S.; SPITZNAGEL, E.; WANGER, S.; ZIKA, G.: Die Spuren der Krise sind noch länger sichtbar, in: IAB-Kurzbericht, 3/2010.

Vorjahr sinken. Die – auf die Erwerbspersonen bezogene – Arbeitslosenquote wird von 13,1% im Jahr 2008 auf 12,2% in diesem Jahr abnehmen. In Westdeutschland wird sie im Jahresdurchschnitt 6,7% betragen.

Tabelle 21:
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Ostdeutschland^a 2008 und 2009

	2008	2009	Veränderung
	1 000 Personen		
Arbeitnehmer	5 151	5 130	-21
SV-pflichtig Beschäftigte	4 131	4 122	-9
geförderte ^b	110	106	-4
nicht geförderte	4 021	4 016	-5
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	530	531	1
Ein-Euro-Job (Variante: Mehraufwandsentschädigung)	105	99	-6
Sonstige	385	378	-7
Selbstständige einschließlich mithelfende Familienangehörige	627	622	-5
Geförderte Selbstständigkeit	44	31	-13
Ich-AG	15	3	-12
Einstiegsgeld (Variante: Selbstständigkeit)	5	4	-1
Gründungszuschuss	24	24	0
Nicht geförderte Selbstständigkeit	583	591	8
Erwerbstätige (Inland)	5 778	5 752	-26
darunter:			
geförderte Erwerbstätige ^c	259	236	-23
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>Mio. Stunden</i>		
Arbeitsvolumen	8 497	8 267	-230

^a Ostdeutschland ohne Berlin. – ^b Arbeitsbeschaffungs- und Struktur- anpassungsmaßnahmen; Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen; durch PSA betreute Personen; Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss bei beruflicher Weiterbildung; Einstiegsgeld für abhängig Beschäftigte; Ein-Euro-Job (Entgeltvariante). – ^c Geförderte SV-pflichtig Beschäftigte, 1-Euro-Jobs (Variante: Mehraufwandsentschädigung) sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Veröffentlichung: Juni 2010); Berechnungen des IWH.

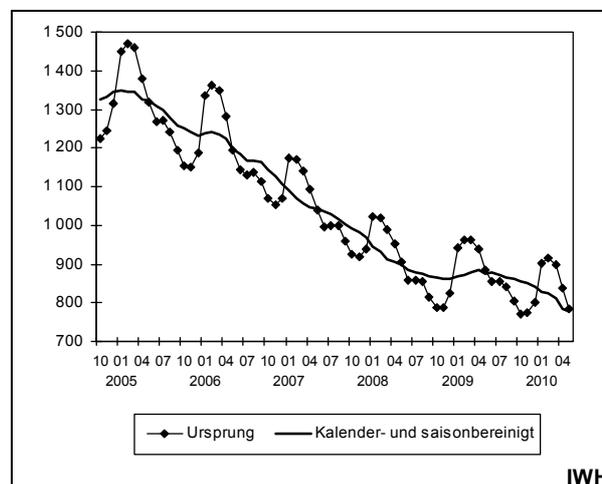
Tabelle 22:
Prognose des ostdeutschen Arbeitsangebots und dessen Auslastungsgrads für das Jahr 2010^a

		2009	2010
1	Erwerbsfähige ^b	8 537	8 403
2	Erwerbstätige (Inland) ^c	5 752	5 746
3	Pendlersaldo	408	402
4	Erwerbstätige Inländer (Arbeitsplätze) ^c	6 160	6 148
5	Unterbeschäftigte (Arbeitsplatzlücke)	1 205	1 069
6	Registrierte Arbeitslose	866	802
7	Sonstige Unterbeschäftigte ^d	276	227
8	Stille Reserve i. e. S. ^e	63	40
9	Erwerbspersonenpotenzial (Arbeitskräftepotenzial) ^f	7 187	7 082
10	Erwerbstätigenquote [(4)/(1)*100]	72,2	73,2
11	Erwerbsbeteiligungsquote [(9)/(1)*100]	84,2	84,3
12	Auslastungsgrad [(4)/(9)*100]	85,7	86,8

^a Erläuterung der Fußnoten: vgl. Tabelle 3.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Veröffentlichung: Juni 2010); Bundesagentur für Arbeit; Fuchs, J.; Hummel, M.; Klinger, S.; Spitznagel, E.; Wanger, S.; Zika, G.: Die Spuren der Krise sind noch länger sichtbar, in: IAB-Kurzbericht, 3/2010; Berechnungen des IWH.; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Abbildung 16:
Entwicklung der Zahl der registrierten Arbeitslosen in Ostdeutschland^a
- in 1 000 Personen -



^a Ostdeutschland ohne Berlin.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Fazit

Wirtschaftsstrukturelle Gründe bremsen wieder

Der seit dem vergangenen Aufschwung beobachtete verstärkte Einbezug der ostdeutschen Wirtschaft in das konjunkturelle Auf und Ab findet seine Fortsetzung in der derzeit Tritt fassenden allgemeinen

wirtschaftlichen Erholung (vgl. Tabelle 23). Die von den Auslandsmärkten ausgehende Belegung greift auf die ostdeutsche Wirtschaft über, deren gesamtwirtschaftliche Wirkung bleibt aber geringer als in Westdeutschland, da die Übertragung der Anstöße aus wirtschaftsstrukturellen Gründen wie der geringeren Exportorientierung und des unterdurchschnittlichen Industrialisierungsgrades abgeschwächt wird.

Tabelle 23:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Ostdeutschland (ohne Berlin)

	2008	2009	2010
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Inländische Verwendungskomponenten, real			
Privater Konsum	-0,7	0,1	-1,0
Anlageinvestitionen	1,3	-7,8	0,7
darunter:			
Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	2,5	-13,5	1,0
Neue Bauten	0,2	-2,2	0,4
Bruttoinlandsprodukt, real	1,0	-3,5	1,5
darunter Wertschöpfung:			
Verarbeitendes Gewerbe	1,9	-15,0	6,8
Baugewerbe	0,4	-1,1	0,2
Dienstleistungen ohne Staat ^a	1,2	-2,8	0,7

^a Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Veröffentlichung: März 2010); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Zudem bremsen andere längerfristig wirkende strukturelle Belastungen. Das betrifft vor allem die Folgen der demographischen Entwicklung für Nachfrage und Produktion und unterstreicht trotz der Rückschläge in der Krise die Bedeutung der wachsenden Orientierung der Unternehmen auf die Außenmärkte. Der Unternehmenssektor hat in der Krise seine Wettbewerbsposition behauptet.

Regionales Leistungsbilanzdefizit sinkt wieder

Im Krisenjahr 2009 hat sich das Leistungsbilanzdefizit Ostdeutschlands nach 14 Jahren Rückgang in Folge vorübergehend erhöht. Die Produktion war kräftiger gesunken als die Binnennachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern zusammengekommen. Dabei waren die Investitionsausgaben der Unternehmen in Reaktion auf die Krise kräftig gefallen, während der Staat seine Investitionsbudgets im Zuge der Konjunkturstimulierung erhöht hatte. Auch stieg der Staatskonsum, und die privaten Haushalte hielten ihr Konsumniveau. Im Jahr 2010 nehmen die Anlageinvestitionen wieder zu, die Konsumausgaben der privaten Haushalte wer-

den dagegen nicht zuletzt wegen der sinkenden Einwohnerzahl schrumpfen. Insgesamt wird sich die Binnennachfrage verringern. Bei steigender Produktion bedeutet dies einen Rückgang des Leistungsbilanzdefizits auf 10% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Vor der Krise war es bis auf 9% gesunken (vgl. Tabelle A2 im Anhang).

Tabelle 24:

Pro-Kopf-Größen im Ost-West-Vergleich^a

- in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 -

	2007	2008	2009	2010
Verfügbares Einkommen pro Einwohner	74,9	75,1	75,6	75,2
Privater Konsum pro Einwohner	75,6	75,8	76,3	75,8
Sparen pro Einwohner	62,3	61,8	61,9	63,2
BIP pro Einwohner	68,7	69,1	70,5	70,6
BIP pro Erwerbstätigen	77,8	78,2	79,7	79,3
BIP pro Arbeitsstunde der Erwerbstätigen	74,9	75,7	76,6	76,2

^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland einschließlich Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Berechnungen und Prognose des IWH.

Nach der Krise bleiben Ost-West-Abstände bei den Pro-Kopf-Größen erhalten

Wie vom IWH erwartet, hat die Krise den Rückstand Ostdeutschlands bei den Pro-Kopf-Größen von Produktion und Einkommen zahlenmäßig verkürzt.³² Die Annäherung fand aber auf niedrigerem Pro-Kopf-Niveau als vor der Krise statt. Die damit verbundenen Wohlstandsverluste für die Einwohner in Ost- wie Westdeutschland werden 2010 in beiden Landesteilen nur teilweise aufgeholt. Das schwächere Produktionswachstum im Osten bremst jedoch zunächst die weitere Annäherung der Pro-Kopf-Größen an das Westniveau (vgl. Tabelle 24). Die Wachstumsschwäche wird auch nicht aufgewogen von der stärker sinkenden Einwohnerzahl im Osten. Der Rückstand des Ostens beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf verharrt bei knapp 30%. Damit bleibt der relative Abstand wie im Krisenjahr bestehen.

Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de),

Hans-Ulrich Brautzsch, Diemo Dietrich,

Franziska Exß, Brigitte Loose, Birgit Schultz,

Götz Zeddies

³² Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR OSTDEUTSCHLAND: Ostdeutsche Wirtschaft im Jahr 2009: Aufholen in der Weltfinanzkrise? – Rechnerisch scheinbar, in Wirklichkeit nicht!, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 8/2009, S. 332.

Tabelle A1:

Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland (ohne Berlin) nach Wirtschaftsbereichen von 2002 bis 2009

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Bruttowertschöpfung	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>							
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-9,5	-6,8	38,7	-22,4	-10,6	8,4	6,8	0,7
Produzierendes Gewerbe	0,1	1,8	3,9	1,6	6,1	4,0	0,7	-11,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	8,0	8,0	-7,3	-28,5	10,9	11,0	-32,0	-17,5
Verarbeitendes Gewerbe	2,5	4,7	8,4	6,4	9,9	5,9	1,9	-15,0
Energie- und Wasserversorgung	0,8	2,3	3,6	1,7	-1,2	-3,0	-1,5	-5,3
Baugewerbe	-5,2	-5,1	-5,7	-8,9	-1,6	1,5	0,4	-1,1
Dienstleistungsbereiche	2,3	0,6	0,5	0,8	2,6	1,7	1,1	-1,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	2,4	0,4	2,4	-1,1	2,8	-0,2	2,0	-3,6
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	0,7	1,6	-0,5	-0,8	1,0	-2,6	2,0	-1,2
Gastgewerbe	-5,9	-0,5	1,9	2,8	0,6	8,2	-0,1	-3,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	7,3	-1,3	6,9	-2,4	5,9	0,9	2,5	-7,4
Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstl.	4,5	2,1	0,0	3,7	4,4	4,4	0,7	-2,2
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3,2	-10,0	-5,4	-3,4	5,2	6,6	-5,5	-3,8
Vermietung, Unternehmensdienstleister	4,7	3,7	0,8	4,7	4,3	4,1	1,3	-2,0
Öffentliche und private Dienstleister	0,5	-0,5	-0,2	-0,4	0,8	0,6	1,0	0,5
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	0,9	-1,2	-2,8	-2,1	-0,4	-0,4	-0,8	2,1
Erziehung und Unterricht	-0,1	-2,4	1,3	-1,5	-0,5	-3,2	-3,2	-3,8
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	4,4	2,1	1,0	3,9	3,4	4,7	6,4	2,4
Sonstige öffentliche und private Dienstleister	-5,3	-0,5	0,4	-2,8	0,7	0,6	0,6	0,5
Häusliche Dienste	2,2	5,5	5,9	0,3	2,2	1,3	2,7	5,6
Bruttowertschöpfung insgesamt	1,4	0,8	2,1	0,5	3,3	2,4	1,1	-4,2
Erwerbstätige	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>							
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-3,1	-2,3	-1,1	-6,9	-3,2	1,3	0,9	0,3
Produzierendes Gewerbe	-5,3	-3,2	-1,8	-2,5	0,3	2,5	1,2	-1,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-0,7	-0,9	0,3	0,3	-1,0	-2,4		
Verarbeitendes Gewerbe	-0,6	-1,1	-0,3	-0,7	1,0	3,6	3,1	-2,1
Energie- und Wasserversorgung	-2,4	-1,2	-4,2	-2,4	-2,7	-0,9		
Baugewerbe	-12,2	-6,9	-4,2	-5,7	-0,8	0,9	-2,0	0,2
Dienstleistungsbereiche	-0,1	-0,4	0,9	0,0	0,9	1,3	0,7	-0,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-1,5	-0,9	0,9	-1,6	-0,2	1,5	0,3	-0,1
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	-1,8	-1,1	0,4	-1,8	-0,5	0,8		
Gastgewerbe	0,8	0,2	3,1	0,3	0,7	3,0		
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-2,6	-1,2	0,4	-2,5	-0,1	1,8		
Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstl.	1,4	2,0	3,4	0,1	4,7	4,5	2,0	-1,6
Kredit- und Versicherungsgewerbe	-0,9	-1,5	-1,1	-2,4	-1,4	-3,7		
Vermietung, Unternehmensdienstleister	1,9	2,6	4,2	0,6	5,8	5,8		
Öffentliche und private Dienstleister	0,4	-0,9	-0,1	1,0	0,0	-0,1	0,3	0,6
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	-0,4	-2,0	-3,5	-0,5	-1,8	-1,1		
Erziehung und Unterricht	0,3	-2,3	-0,3	-0,3	-0,2	-2,2		
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2,5	1,6	1,6	3,0	1,4	1,5		
Sonstige öffentliche und private Dienstleister	-1,7	-2,1	2,3	2,2	0,1	0,7		
Häusliche Dienste	1,9	4,8	3,9	-1,2	3,5	4,8		
Erwerbstätige insgesamt	-1,6	-1,2	0,1	-0,9	0,6	1,6	0,8	-0,4

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Veröffentlichung: März 2010).

Tabelle A2:

Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands (ohne Berlin) und ausgewählte Nachfragekomponenten 1991 und 2002 bis 2009

	1991	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	<i>in Mio. Euro (jeweilige Preise)</i>								
Bruttoinlandsprodukt	107 253	247 021	250 671	257 541	259 593	269 975	281 490	289 088	282 325
Privater Konsum	96 841	174 548	175 773	176 755	177 387	180 274	182 038	184 739	185 522
Staatskonsum	41 429	68 372	68 623	67 517	67 101	67 620	68 235	70 268	72 970
Anlageinvestitionen	46 214	56 629	55 512	55 621	53 633	55 424	59 346	60 844	56 182
Neue Ausrüstungen ^a	20 010	21 557	20 419	22 589	22 390	25 210	27 261	27 662	23 321
Neue Bauten	27 033	36 740	36 497	34 612	32 764	31 933	33 786	34 926	34 472
Inlandsverwendung ^b	184 484	299 550	299 908	299 892	298 121	303 319	309 620	315 850	314 674
Saldo ^c	-77 231	-52 529	-49 237	-42 351	-38 528	-33 343	-28 130	-26 763	-32 349
	<i>Anteile am BIP in %</i>								
Bruttoinlandsprodukt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Privater Konsum	90,3	70,7	70,1	68,6	68,3	66,8	64,7	63,9	66,0
Staatskonsum	38,6	27,7	27,4	26,2	25,8	25,0	24,2	24,3	25,8
Anlageinvestitionen	43,1	22,9	22,1	21,6	20,7	20,5	21,1	21,0	19,9
Neue Ausrüstungen ^a	18,7	8,7	8,1	8,8	8,6	9,3	9,7	9,6	8,3
Neue Bauten	25,2	14,9	14,6	13,4	12,6	11,8	12,0	12,1	12,2
Inlandsverwendung ^b	172,0	121,3	119,6	116,4	114,8	112,4	110,0	109,3	111,5
	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in % (preisbereinigt, verkettet, Basis 2000 = 100)</i>								
Bruttoinlandsprodukt	-	1,2	0,7	1,7	0,4	3,4	2,0	1,0	-3,5
Privater Konsum	-	-0,7	-0,7	-0,7	-1,2	0,4	-0,8	-0,7	0,1
Staatskonsum	-	-0,3	-0,8	-2,6	-1,2	0,0	0,3	1,0	0,5
Anlageinvestitionen	-	-12,2	-1,1	-0,4	-3,8	2,4	3,9	1,3	-7,8
Neue Ausrüstungen ^a	-	-16,1	-3,2	11,1	-0,2	13,8	8,7	2,5	-13,5
Neue Bauten	-	-9,5	-0,7	-6,3	-6,2	-5,0	-0,3	0,2	-2,2
Inlandsverwendung ^{b,d}	-	-3,1	-0,8	-1,1	-1,7	0,7	0,3	0,1	-1,4

^a Einschließlich sonstiger Anlagen. – ^b Summe der ausgewiesenen Verwendungsaggregate: Privater Konsum, Staatskonsum und Anlageinvestitionen, d. h. Inlandsverwendung ohne Vorratsveränderungen. – ^c Saldo aus Inlandsverwendung (ohne Vorratsveränderungen) und Bruttoinlandsprodukt. –

^d Die durch Verkettung der Volumenwerte entstehenden Differenzen wurden nicht bereinigt.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: Mai 2010); Schätzung des privaten Konsums für 2009 und der übrigen Nachfrageaggregate für 2008 bzw. 2009 durch das IWH.

Tabelle A3:
Warenexport der Neuen Bundesländer nach Regionen

	2009		2007	2008	2009
	Mio. Euro	Anteil in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Ausfuhr insgesamt	54 560	100,0	17,7	7,7	-16,2
Europa	39 516	72,4	19,8	6,8	-18,9
darunter: Europäische Union (EU-15)	24 324	44,6	18,3	1,7	-17,1
darunter:					
Frankreich	4 564	8,4	37,5	6,5	-11,9
Italien	3 258	6,0	23,4	-2,0	-16,4
Großbritannien	3 348	6,1	11,2	-3,4	-13,9
Niederlande	2 797	5,1	11,6	3,1	-14,1
Österreich	2 450	4,5	13,5	7,2	-18,8
darunter: Neue EU-Länder ^a	9 121	16,7	23,4	13,3	-21,7
Estland	63	0,1	9,9	5,2	-20,4
Lettland	104	0,2	19,8	-22,7	-11,4
Litauen	109	0,2	45,3	2,9	-39,4
Polen	4 460	8,2	24,9	21,3	-23,5
Tschechische Republik	2 633	4,8	21,3	7,1	-15,4
Slowakei	612	1,1	40,6	13,7	-32,7
Ungarn	920	1,7	11,0	0,3	-18,5
Slowenien	220	0,4	27,7	21,2	-24,3
Russland	1 567	2,9	28,0	40,1	-37,7
Amerika	5 136	9,4	4,4	12,1	-13,7
darunter: USA	3 564	6,5	0,1	9,5	-15,4
Asien	8 112	14,9	17,8	7,7	-5,6
darunter: Südostasien ^b	1 639	3,0	28,7	-15,9	-18,8
Japan	556	1,0	3,5	13,7	-17,8
China	2 356	4,3	26,2	20,0	7,5
Übrige Länder	1 797	3,3	7,4	16,9	0,3

^a Ohne Malta und Zypern. – ^b Indonesien, Philippinen, Malaysia, Singapur, Thailand, Republik Korea.

Quellen: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts; Berechnungen des IWH.

Tabelle A4:

Arbeitskosten und Produktivität der Arbeit im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe in den Jahren 2000, 2005 und 2007: ausgewählte Länder im Vergleich mit den Neuen Bundesländern

	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^a			Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen ^a			Lohnstückkosten ^b		
	2000 ^c	2005	2007	2000 ^c	2005	2007	2000 ^c	2005	2007
Verarbeitendes Gewerbe									
Neue Bundesländer (VGR)	27 992	30 416	31 895	36 947	47 745	53 675	75,8	63,7	59,4
Neue Bundesländer (Unternehmensstatistik)	28 965	31 925	32 625	47 200	57 569	61 838	61,4	55,5	52,8
Bulgarien	2 006	2 427	3 068	2 974	4 974	7 076	67,4	48,8	43,4
Tschechische Republik	6 716	9 849	12 162	10 711	16 769	21 471	62,7	58,7	56,6
Ungarn	5 743	10 361	12 027	12 398	21 141	24 223	46,3	49,0	49,7
Polen	5 617	7 604	9 595	10 483	19 526	20 004	53,6	38,9	48,0
Rumänien	2 081	3 377	5 247	3 505	5 632	9 156	59,4	60,0	57,3
Slowakei	4 741	7 710	10 148	7 438	14 494	19 982	63,7	53,2	50,8
Slowenien	14 164	17 176	18 496	17 411	24 913	29 109	81,4	68,9	63,5
Baugewerbe									
Neue Bundesländer (VGR)	22 541	23 898	25 129	26 177	28 494	31 504	86,1	83,9	79,8
Bulgarien	2 862	2 242	2 845	3 003	4 645	7 893	95,3	48,3	36,0
Tschechische Republik	6 036	9 780	12 134	6 158	11 077	15 066	98,0	88,3	80,5
Ungarn	4 320	6 703	8 195	7 926	9 923	10 789	54,5	67,6	76,0
Polen	5 813	6 576	8 960	7 395	11 171	16 035	78,6	58,9	55,9
Rumänien	2 094	3 209	4 900	3 161	5 112	10 247	66,2	62,8	47,8
Slowakei	4 515	6 800	8 943	4 686	11 756	15 630	96,3	57,8	57,2
Slowenien	12 494	17 653	15 686	12 984	18 097	22 064	96,2	97,5	71,1

^a Niveau in Euro, jeweilige Preise. – ^b Lohnstückkosten = (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer)/(Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen)*100. –

^c Tschechische Republik: Verarbeitendes Gewerbe 2001; Polen: 1998; Slowenien: 2002.

Quellen: Eurostat: Strukturelle Unternehmensstatistik; Statistisches Bundesamt: Kostenstrukturerhebung; Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: März 2010); Berechnungen des IWH.

Tabelle A5:

Arbeitskosten und Produktivität der Arbeit in ausgewählten Wirtschaftsbereichen Ostdeutschlands (ohne Berlin) 2007 bis 2009

	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde ^a	Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde ^a	Lohnstückkosten ^b
Verarbeitendes Gewerbe			
2007	20,6	33,8	60,8
2008	21,1	33,8	62,4
2009	22,0	31,0	71,0
Baugewerbe			
2007	16,1	18,6	86,6
2008	16,4	19,9	82,5
2009	16,8	20,7	81,2
Handel, Gastgewerbe, Verkehr			
2007	15,8	21,7	73,1
2008	16,3	22,7	71,7
2009	16,9	22,4	75,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister			
2007	18,5	52,5	35,2
2008	19,0	52,5	36,2
2009	19,7	54,1	36,5
Unternehmen insgesamt ^c			
2007	17,9	31,9	56,0
2008	18,3	32,5	56,4
2009	19,0	32,1	59,2
	<i>Westdeutschland^d = 100</i>		
Verarbeitendes Gewerbe			
2007	61,3	69,3	88,4
2008	61,3	69,4	88,3
2009	60,8	71,1	85,6
Baugewerbe			
2007	79,1	73,2	108,0
2008	79,7	71,8	111,0
2009	80,0	71,7	111,7
Handel, Gastgewerbe, Verkehr			
2007	74,2	78,3	94,9
2008	74,6	79,2	94,2
2009	75,1	80,9	92,9
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister			
2007	70,0	77,9	89,8
2008	71,0	77,9	91,1
2009	71,0	76,5	92,8
Unternehmen insgesamt ^c			
2007	67,3	73,4	91,8
2008	67,8	73,8	91,9
2009	68,0	74,3	91,5

^a Niveau in Euro, jeweilige Preise. – ^b Lohnstückkosten = (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde)/(Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde)*100. – ^c Ohne private Dienstleister. – ^d Westdeutschland einschließlich Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: März 2010); Berechnungen des IWH.

Tabelle A6:

Teilnehmer an ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Ostdeutschland^a

- in 1 000 Personen -

	NBL					ABL
	2005	2006	2007	2008	2009	2009
Beschäftigungsbegleitende Leistungen	131	131	121	109	105	267
Förderung abhängiger Beschäftigung ^b	47	48	55	65	75	152
Förderung der Selbstständigkeit ^c	84	83	66	44	30	115
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	123	159	140	139	129	209
Arbeitsgelegenheiten nach § 16d SGB II („Zusatzjobs“)	80	124	114	114	119	203
Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen ^d	43	35	26	25	10	6
Teilnehmer an Maßnahmen insgesamt	254	290	261	248	234	476
Anteil der Teilnehmer an den Erwerbstätigen in %	4,5	5,1	4,6	4,3	4,1	1,4
<i>Nachrichtlich:</i> Erwerbstätige (Inland)	5 608	5 641	5 732	5 778	5 753	34 512

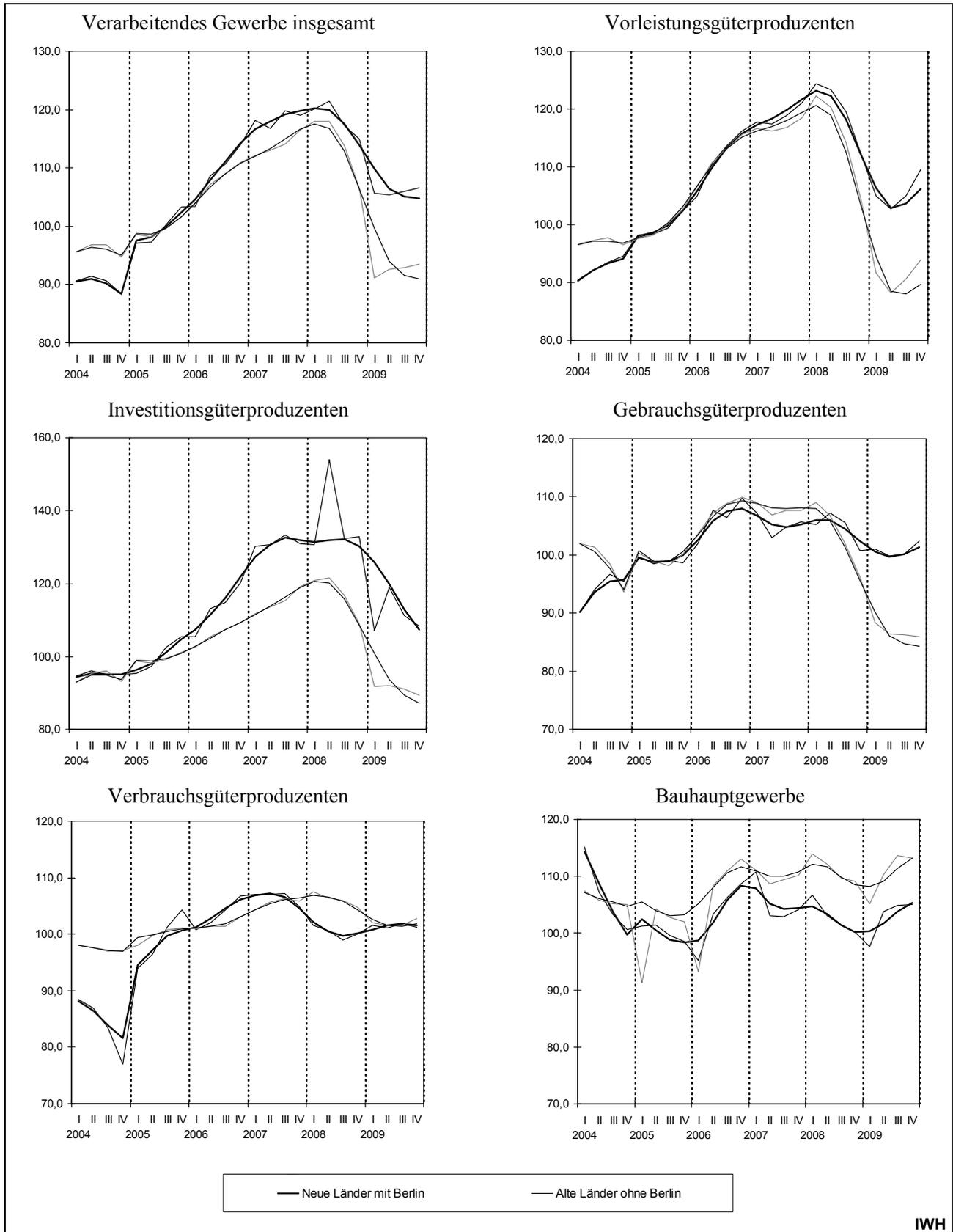
^a Ostdeutschland ohne Berlin. – ^b Einstellungszuschüsse bei Neugründung bzw. Vertretung; Eingliederungsgutschein; Entgeltsicherung für Ältere nach § 421j SGB III; Arbeitsentgeltzuschüssen bei beruflicher Weiterbildung; Einstiegsgeld (Variante: Beschäftigung); Beschäftigungszuschuss nach § 16e SGB II; durch Personal-Service-Agenturen geförderte Personen; Einstellungszuschüsse bei Neugründungen bzw. Vertretung; Eingliederungshilfen für jüngere Arbeitnehmer; Qualifizierungszuschuss für jüngere Arbeitnehmer. – ^c Ich-AGs, Überbrückungsgeld, Einstiegsgeld (Variante: Selbstständigkeit), Gründungszuschuss. – ^d Einschließlich Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Veröffentlichung: März 2010); Berechnungen des IWH.

Übersicht 1:

Produktionsindex im Produzierenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands

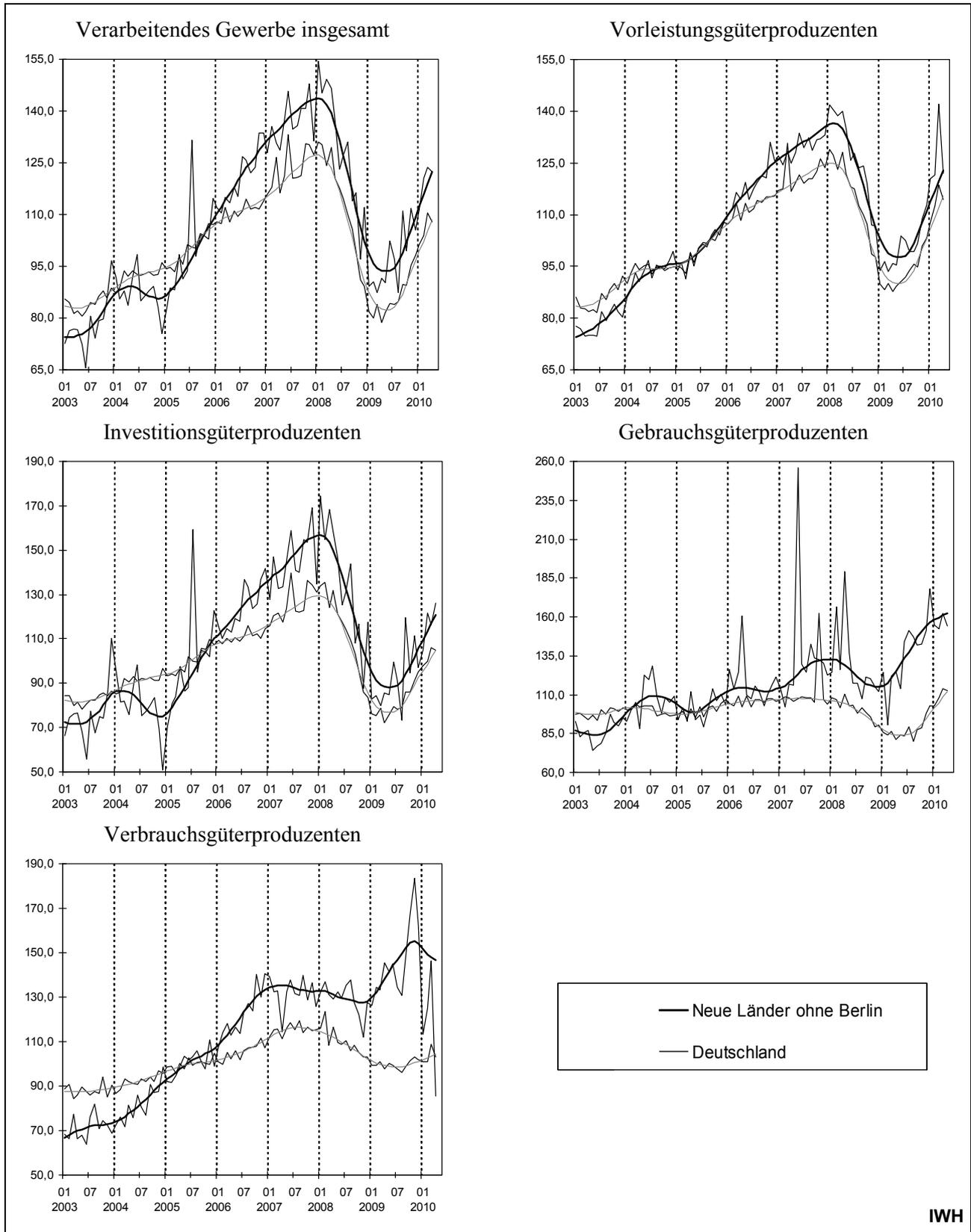
- 2005 = 100; kalender- und saisonbereinigte Werte sowie Trend-Konjunktur-Komponente -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Saisonbereinigung durch das IWH nach BV4.1.

Übersicht 2:

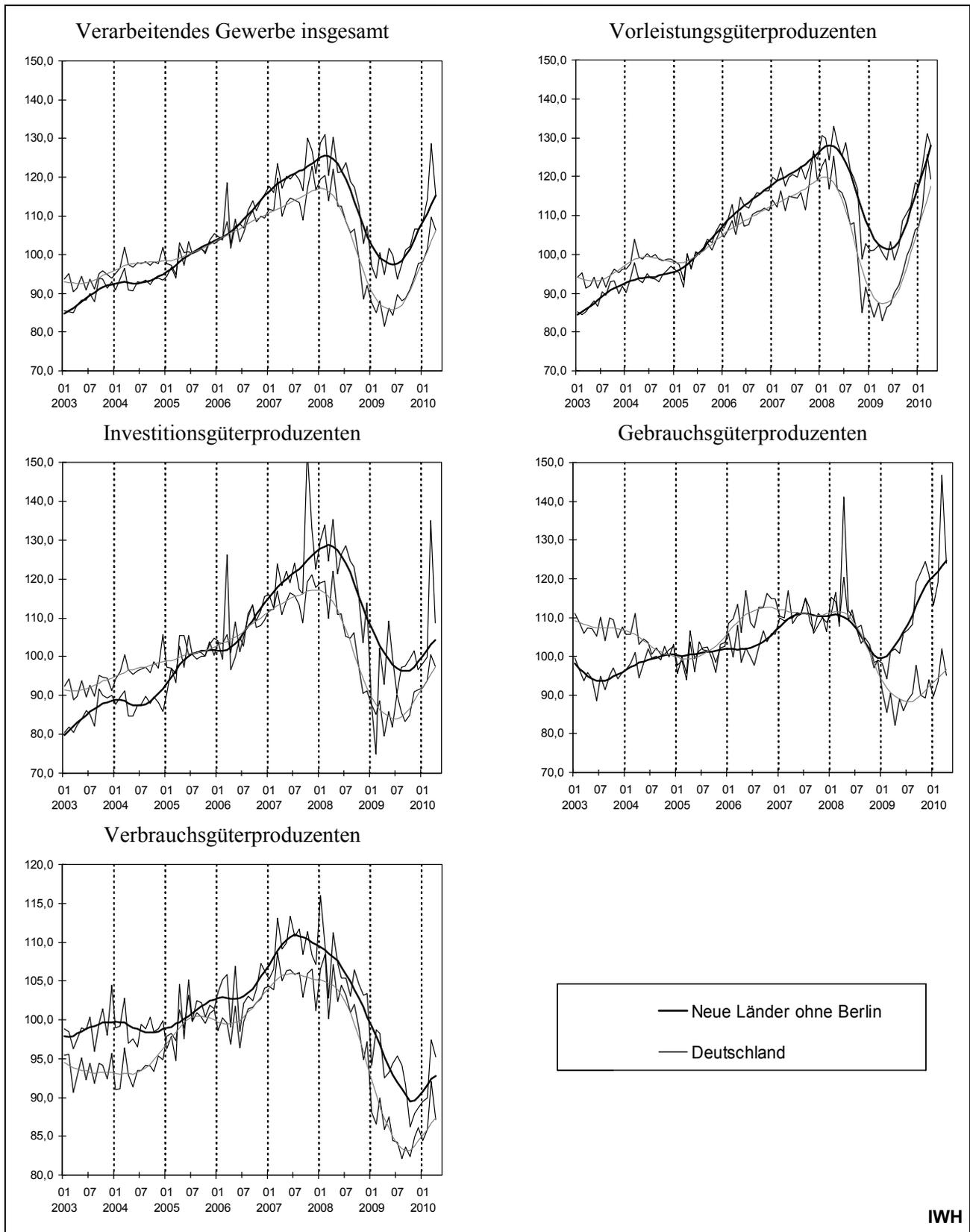
Volumenindex des Auftragseingangs aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands
 - 2005 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend-Konjunktur-Komponente -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Saisonbereinigung durch das IWH nach BV4.1.

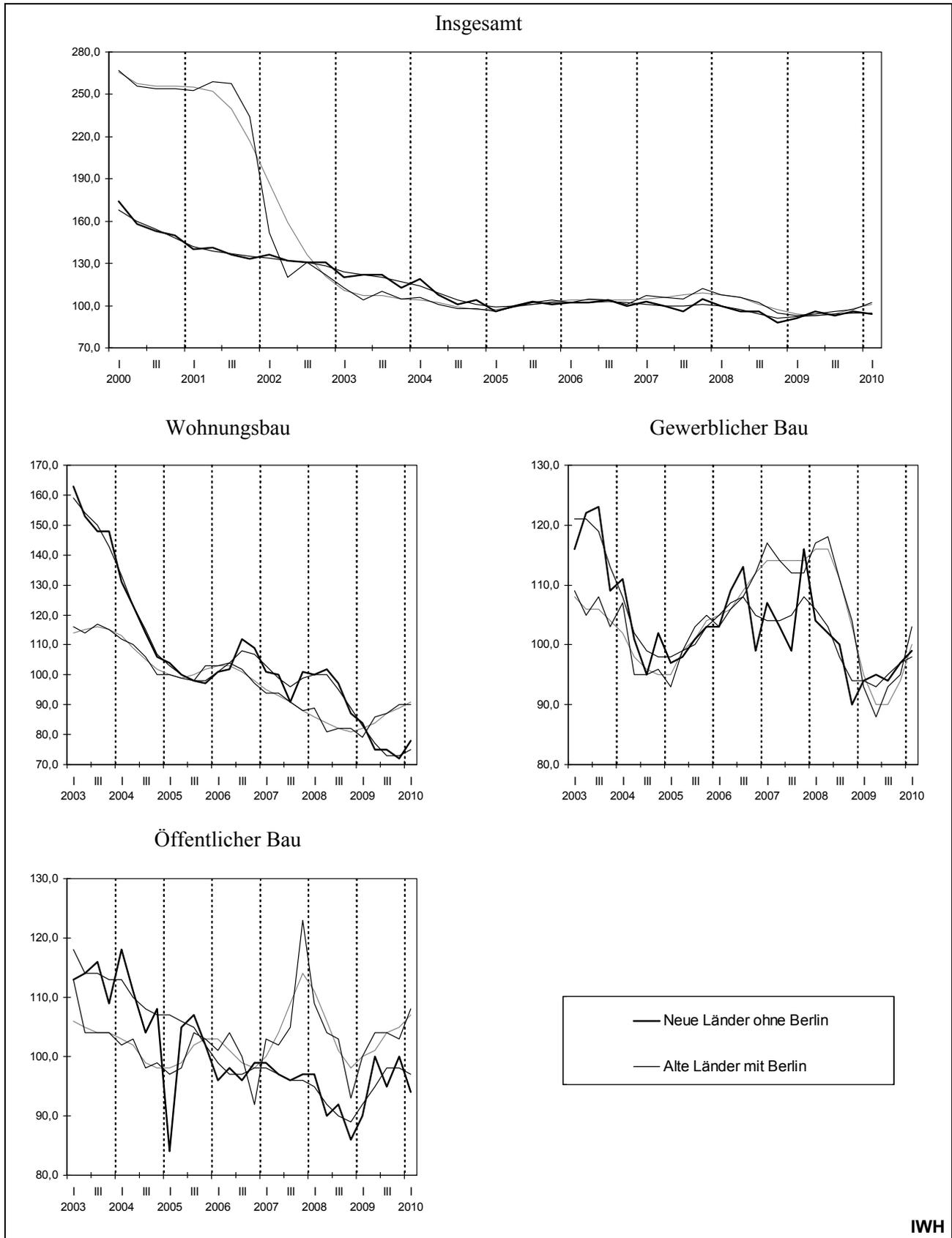
Übersicht 3:

Volumenindex des Auftragseingangs aus dem Inland im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands
 - 2005 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend-Konjunktur-Komponente -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Saisonbereinigung durch das IWH nach BV4.1.

Übersicht 4:
 Volumenindex des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe Ost- und Westdeutschlands
 - 2005 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend-Konjunktur-Komponente -



Quellen: Statistisches Bundesamt; Saisonbereinigung durch das IWH nach BV4.1.

